

DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT  DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»TTIP – Chancen und Risiken
transatlantischen Freihandels«
am 7. Juni 2016

DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT



DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»TTIP – Chancen und Risiken
transatlantischen Freihandels«
am 7. Juni 2016



Vortrag von Prof. James D. Bindenagel

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Eröffnungsansprache durch Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags	6
Vortrag Professor James D. Bindenagel, US-Botschafter a. D. und Inhaber der Henry-Kissinger-Professur an der Universität Bonn	10
Vorstellung der Teilnehmer auf dem Podium	20
Podiumsdiskussion mit anschließender Diskussion aus dem Plenum	22

Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag
Redaktion: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Fotos: O. Killig
Gestaltung, Satz: www.oe-grafik.de

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig. Ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.



»Freihandel als ein Standbein unseres Wohlstands«

Eröffnungsansprache

durch Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer Veranstaltung zum Thema »TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« im Rahmen der »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus«.

Ich freue mich, die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen, Birgit Munz, begrüßen zu dürfen. Außerdem freue ich mich, dass viele aktive und ehemalige Abgeordnete unseres Landtags, Mitglieder der Staatsregierung und des Verfassungsgerichtshofes sowie des konsularischen Korps unter den Gästen sind. Ich begrüße mit Erich Iltgen ganz herzlich meinen Vorgänger im Amt sowie den Präsidenten des Sächsischen Rechnungshofs, Prof. Dr. Karl-Heinz Binus. Mein Gruß gilt vor allem aber den zahlreichen Vertretern der sächsischen Wirtschaft.

Besonders heiße ich Professor James D. Bindenagel sowie die Teilnehmer unserer Podiumsdiskussion willkommen: den ehemaligen Staatsminister für

Wirtschaft und Arbeit des Freistaates Sachsen und jetzigen Bundestagsabgeordneten Thomas Jurk, den Vorstandsvorsitzenden der Sächsischen Aufbaubank Stefan Weber sowie Prof. Dr. Udo Kreickemeier, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der TU Dresden. Zudem begrüße ich unseren Moderator Christoph Ulrich, Leiter des Ressorts Recherche bei der Freien Presse in Chemnitz.

Die gegenwärtig verhandelte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, ist in aller Munde. Die deutsche Diskussion dominieren dabei leider oft Ablehnung und Panikmache. Mit maximaler Emotion und minimaler Ratio werden da die Argumente gezückt. Zwischen jenen, die in dem Abkommen nur ein abschüssiges Brett in die ökonomische und ökologische Apokalypse erkennen, und denen, die mit TTIP eine magische Wohlstandsexplosion in einem Wirtschaftsraum verbinden. Wo aber liegt die Wahrheit? Sicherlich irgendwo in der Mitte, zwischen Erlösung und Verdammnis.

»Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« lautet der Untertitel unserer Veranstaltung. Denn es soll nicht nur um das Handelsabkommen TTIP gehen. Vielmehr wollen wir auch den Freihandel im Allgemeinen in den Blick nehmen.

Mir erscheint eine solche thematische Weitung geboten, da im April 2016 eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung zum globalen Handel und zu TTIP eine beunruhigende Tendenz offenbarte. Danach lehnt nicht nur ein Drittel der Deutschen TTIP ab, bei nur 17 Prozent Befürwortern. Auch lehnt ein Viertel der Befragten den internationalen Freihandel insgesamt ab. Befürwortete 2014 noch eine deutliche Mehrheit von 88 Prozent der Deutschen den Freihandel im Allgemeinen, ist es gegenwärtig nur noch jeder Zweite (56 Prozent).

Und das in der Handelsnation Deutschland. In einem Land, dessen Wohlstand maßgeblich vom europäischen und globalen Handel getragen wird. In einem Land, das technologisch hochwertige



Erzeugnisse für den Investitions- und Konsumgüterbereich in die ganze Welt exportiert und in dem jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt.

Meine Damen und Herren, Freihandel zwischen hoch entwickelten Ökonomien ist ein Standbein des Wohlstands. Das gilt seit jeher, und der europäische Binnenmarkt ist dafür das beste Beispiel. Als Absolvent der TU Dresden, der aber an der Dresdner Hochschule für Verkehrs-

wesen »Friedrich List« promoviert hat, ziehe ich an dieser Stelle den Vordenker des Deutschen Zollvereins von 1834 heran.

Friedrich List war nämlich als europäischer Visionär ein kluger Verfechter des internationalen Freihandels. Dieser galt ihm als »einer der mächtigsten Hebel« der Zivilisation und des Wohlstands. Wären alle Nationen, die einen gleich hohen ökonomischen Entwicklungsstand aufweisen, »durch das Rechtsge-

setz [...] und den freien Verkehr miteinander verbunden«, so Friedrich List in seinem Hauptwerk aus dem Jahr 1841, dann könnten sie viel besser ihre individuellen Zwecke und den höchsten Grad des Wohlstands erreichen.

Weshalb soll dies heute, weshalb soll dies für ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA plötzlich nicht mehr gelten? Für ein Abkommen, dessen Ziel es ist, den Marktzugang zu



verbessern, Handelsbarrieren abzubauen und Investitionen anzuregen. Wir müssen uns deshalb der Frage stellen, weshalb TTIP und weshalb der Freihandel bei uns von so vielen Menschen als Gefahr angesehen werden.

Ein Grund ist sicher der Unmut über die Informationsblockade zu TTIP. Hier hat die Europäische Kommission unter dem Druck der Öffentlichkeit eine steile Lernkurve durchlaufen und mehr Transparenz geschaffen. Denn Transparenz ist die Basis für sachorientierte Diskussionen. Wer aber gläserne Verhandlungen fordert, der hängt einer Illusion an und muss sich fragen, ob er nicht der Sache insgesamt schaden will.

Ein anderer Grund für die Skepsis in der Bevölkerung ist die Angst vor sinkenden Standards in den Bereichen Verbraucher- und Datenschutz, bei Umwelt und Arbeit. Jedoch darf TTIP dem europäischen Verhandlungsmandat zufolge weder Standards aufweichen noch die Regulierungsautonomie der Staaten beschneiden. Ich erwarte, dass das bedingungslos gilt. Kompromisse sind an dieser Stelle nur zum Besseren hin geboten. Dasselbe gilt für den Investorenschutz.

Meine Damen und Herren, will die EU im 21. Jahrhundert die globale ökonomische Entwicklung mit beeinflussen, muss sie agieren. Aus ihrer gegenwärtigen inneren Schwäche darf keine künftige

äußere Schwäche werden. Denn TTIP ist nicht zuletzt auch eine Antwort auf die kommenden geopolitischen Herausforderungen. Allein auf uns gestellt werden wir in den nächsten Jahrzehnten größte Mühe haben, internationale ökonomische Standards zu setzen. Im transatlantischen Verbund mit den Vereinigten Staaten kann dies hingegen gelingen.

Hauptziel dieser Handelspartnerschaft sind jedoch Wohlfahrtsgewinne – und zwar auf beiden Seiten des Atlantiks. Nur unter dieser Bedingung hat das Abkommen Sinn, und nur so wird es von den Parlamenten ratifiziert und von den Bürgern akzeptiert werden.

Die von mir erwähnte Umfrage ist noch aus einem anderen Grund interessant. Zwar ist die amerikanische Bevölkerung ähnlich skeptisch gegenüber TTIP wie die deutsche. Beim Thema Freihandel offenbart sich hingegen ein anderes Bild: 82 Prozent der US-Amerikaner befürworten ihn. Noch, möchte ich sagen, denn auch jenseits des Atlantiks gewinnen protektionistische Stimmen an Gewicht.

Es ist mir daher eine große Freude, mit Professor James D. Bindenagel einen Vortragsredner gewonnen zu haben, der beide Seiten, die amerikanische wie die europäische, bestens kennt. Und zwar

nicht nur aus dem Lehrbuch, sondern aus der harten Realität mit all ihren Interessen und Prinzipien, mit ihren Verhandlungen und Konflikten.

Gut drei Jahrzehnte lang stand James D. Bindenagel im diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten. Viele davon verbrachte er in Deutschland. In den Jahren 1989/90 war er stellvertretender Botschafter in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin. Von 1996 bis 1997 amtierte er als US-Botschafter in der Bundesrepublik. Nicht nur aus dieser Zeit, sondern auch aus seiner Arbeit im U.S. State Department rührt seine hohe Expertise über die transatlantischen Beziehungen und speziell über das deutsch-amerikanische Verhältnis her.

Seit 2014 lehrt James D. Bindenagel als Inhaber der Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Gouvernance und internationale Sicherheit an der Universität Bonn. Er ist, das weiß ich aus eigenem Erleben, ein großer Freund Deutschlands. Ich habe ihn erstmals Mitte der 1990er-Jahre kennengelernt, als er auf Deutschlandreise war und den Freistaat Sachsen besuchte. Ich habe ihn im State Department in Washington getroffen, als ich vor 20 Jahren als »Young Leader« wochenlang mit dem U.S. Information Service das politische System der Verei-



nigten Staaten kennenlernen durfte. Schade, dass heute die finanziellen Möglichkeiten für einen derartigen Austausch drastisch reduziert sind. Wir hätten ihn bitter nötig. Zuletzt traf ich James D. Bindenagel 2015 hier in Dresden bei der Verleihung des Europäischen Kulturpreises an Hans-Dietrich Genscher und andere Persönlichkeiten.

Lieber Professor Bindenagel, ich freue mich auf Ihren Vortrag und ganz besonders freue ich mich darüber, dass danach Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unser heutiges Thema mit Ihnen gemeinsam diskutieren werden.

Vielen Dank. Sie haben das Wort.

»TTIP – Our Last Best Chance«

Vortrag von Professor James D. Bindenagel, US-Botschafter a.D. und Inhaber der Henry-Kissinger-Professur an der Universität Bonn

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Anwesende, ich fühle mich sehr geehrt, heute Abend beim »Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus« über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sprechen zu können.

Dresden und der transatlantische Kontext

Wieder in Dresden zu sein, freut mich sehr. Diese Stadt hat mein Herz im Jahr 1978 erobert, als meine Frau und ich einen Umweg von der Transitstrecke durch die DDR machten, um den Nachmittag mit der Besichtigung der Brühlischen Terrasse – dem Balkon Europas –, dem Grünen Gewölbe und den Ruinen der Frauenkirche zu verbringen. Die Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs, die auch mehr als 30 Jahre nach dessen Ende noch in dieser schönen Stadt zu sehen waren, haben mich tief beeindruckt.

Knapp ein Jahrzehnt später ebnete die friedliche Revolution von 1989 den Weg

für eine transatlantische Partnerschaft mit ganz Deutschland. Die friedlichen Demonstrationen nahmen am 8. Oktober 1989 auf den Straßen von Dresden ihren Ausgang. Neben den Montagsdemonstrationen drückte sich Dresdens Mut zur Freiheit auch in der »Gruppe der 20« aus. In dieser Zeit war ich als Gesandter in der amerikanischen Botschaft der DDR tätig und lernte auch Matthias Rößler kennen.

Damals war die zerstörte Dresdner Frauenkirche ein neuralgischer Punkt in unseren transatlantischen Beziehungen. Im November 1989 gründeten engagierte Dresdner eine Bürgerinitiative für ihren Wiederaufbau und traten am 13. Februar 1990 mit dem »Ruf aus Dresden« an die Öffentlichkeit. Auch wir in der US-Botschaft der DDR nahmen diesen Ruf aus Dresden an die Siegermächte und die ganze Welt wahr. Umgehend konnten wir die Unterstützung von Botschafter Richard Barkley gewinnen. Die Initiatoren des »Rufs aus Dresden«, unter ihnen Hans-Joachim Jäger von der

Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche, haben sich mit vielen anderen – inklusive Amerikanern – jahrelang für den Wiederaufbau eingesetzt, bis das Projekt mit Hilfe von Spendengeldern aus dem In- und Ausland im Jahr 2005 vollendet war.

Als erster amtierender Präsident der Vereinigten Staaten kam Barack Obama in den Freistaat Sachsen und stattete der Frauenkirche zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2009 einen Besuch ab. Dresden ist tatsächlich eine berühmte »transatlantische Stadt«.

Handel und Investitionen

In Bezug auf Handel ist Deutschland eine der führenden Nationen der Welt. Die meisten deutschen Produkte werden in die Vereinigten Staaten verkauft, gefolgt von China. Da Deutschland die größte Volkswirtschaft Europas und eine der wichtigsten Handelsnationen der Welt ist, hat die hiesige Debatte über die Transatlantische Handels- und



Investitionspartnerschaft das Potenzial, Dauer und Ton des finalen Handelsabkommens stark zu beeinflussen.

Seit Jahrzehnten wird in Fachkreisen über die Möglichkeit eines transatlantischen Freihandelsabkommens diskutiert. Nun endlich soll TTIP Handel und Investitionen auf beiden Seiten des Atlantiks erleichtern. Ziel ist es, Bürokratie zu vermindern, Marktzugangshindernisse abzubauen und Doppelarbeiten zu verringern.

Auch die kulturelle Dimension hat bei der transatlantischen Brücke eine wichtige Bedeutung. In den Anfangsjahren des vereinigten Deutschlands kehrte

ich 1994 mit Botschafter Richard Holbrooke als Gesandter nach Deutschland zurück, um mit einem langfristig angelegten amerikanischen Investitions- und Kulturprogramm in Sachsen zu beginnen. Wir kooperierten mit Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und Kurt Masur, dem Maestro des Gewandhausorchesters in Leipzig.

Wir haben damals amerikanische Investitionen zugesagt, die im letzten Vierteljahrhundert viel zur deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit beigetragen haben. Laut Statistiken der U.S. Chamber of Commerce gibt es über 150 amerikanische Firmen mit Niederlassungen in Sachsen, in denen über 16.600 Menschen

arbeiten. An der Spitze steht Globalfoundries, vormals AMD, mit über 2.000 Mitarbeitern, gefolgt von DOW Chemicals mit 700, Malden Mills mit 400 und Case Corporation mit 300 Mitarbeitern. Wir stärken die transatlantische Verbindung mit amerikanischen Investitionen und Arbeitsplätzen in Deutschland.

Partnerschaft

TTIP wird den Handel erleichtern, die Kosten für den Warenaustausch senken und den Marktzugang besonders für kleine und mittlere Firmen öffnen. Das bedeutet erstens: »Jobs and Growth«. Zweitens wird TTIP die amerikanisch-europäische Partnerschaft stärken – eine Tatsache, die besonders in den Krisen unserer Zeit sehr relevant ist. Drittens wird die dynamische Wirtschaft der TTIP-Mitglieder auf andere Länder ausstrahlen.

Derzeit ist China die größte Handelsnation der Welt. In zehn Jahren, so sagen Experten voraus, wird das Reich der Mitte die USA auch als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen. In dieser Lage ist TTIP viel mehr als nur eines von heute knapp 400 regionalen Freihandelsabkommen weltweit. Es ist eine strategische Notwendigkeit; vielleicht unsere letzte Möglichkeit – oder, wie wir in Amerika sagen, our last best chance –, das kommende Welthandelsregime mitzugestalten.



Die strategische Bedeutung unserer Partnerschaft beruht dabei vor allem auf dem schier ökonomischen Gewicht des transatlantischen Marktes. Dieser umfasst:

- 60 Prozent der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen (FDI);
- 50 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung (in Dollar);
- 40 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes (in Kaufkraftparität);
- 40 Prozent der industriellen Wertschöpfung;

- ein Drittel des globalen Handels in Waren und Dienstleistungen;
- ein Drittel der weltweiten Patentanträge;
- 16 Prozent der Wertschöpfung im Landwirtschaftssektor

All das, meine Damen und Herren, vollbringen nur 12 Prozent der Weltbevölkerung.

Die TTIP-Verhandlungen werden zweifellos nicht ohne Kompromisse erfolgreich

zum Abschluss gebracht werden können. Kompromisse, die teilweise auch unpopulär und schmerzlich sein mögen. Doch die Alternative würde uns zweifellos viel teurer zu stehen kommen. Oder wollen wir in einer Welt leben, in der die Chinesen die Arbeitsschutzstandards diktieren? In der die Russen die globalen Rohstoffmärkte kontrollieren? In der die Finanzmärkte von den Ömilliardären am Arabischen Golf beherrscht werden?

Die Antwort kann nur lauten, dass es zu einer immer engeren transatlantischen Zusammenarbeit keine glaubwürdige Alternative gibt. Bei allen Differenzen über Fracking oder Buchpreisbindung sind die Werte, die uns verbinden – wie Marktwirtschaft und Freihandel, um nur einige zu nennen –, noch immer weitaus gewichtiger, als die Differenzen, die uns trennen.

Wird TTIP bis Ende des Jahres ratifiziert werden?

Der amerikanische Handelsbeauftragte Michael Froman zitierte einmal Präsident Dwight D. Eisenhower mit dessen Bemerkung, Handel sei »die schärfste Waffe in den Händen des Diplomaten«. Die öffentliche Debatte erweckt manchmal den Eindruck, als seien – im Sinne dieses Eisenhower-Zitates – die TTIP-Verhandlungen eine Schlacht zwischen den USA und der Europäischen Union.

Handelsverträge sollen zuerst und vor allem ökonomisch vorteilhaft sein: Schaffen sie gute Jobs und stärken sie die Mittelklasse? Ja, es gibt Geschäftsinteressen; vor allem kleine und mittlere Unternehmen werden von höheren, nicht aber doppelt ermittelten Standards profitieren. Handel war die Maschine für globales Wachstum. Nun, da sich die Weltwirtschaft abkühlt, braucht Europas schwächelnde Wirtschaft den transatlantischen Handel.

Aber die Bedeutung amerikanischer und europäischer Führung in Handelsfragen geht weit über die Ökonomie hinaus. Es gibt auch eine strategische Logik. Die USA und Europa können zeigen, dass

großen Problemen dieses Jahrhunderts umzugehen. So hilft die transatlantische Einheit, die Zentrifugalkräfte in Europa zu bremsen. In den vergangenen Jahren haben tektonische Verschiebungen in



wir, trotz der Umwälzungen in der Welt, zusammenstehen, um unsere Werte zu verteidigen. TTIP hat das übergeordnete strategische Ziel, die regelgebundene Ordnung auf der Welt wieder zu beleben, gerade heute.

Angstmacher gewinnen die Herzen leichter als akademische Experten

Die positive Kraft des Handels ist eines der wichtigsten Instrumente, um mit den

der Wirtschaft – Globalisierung, technischer Wandel, Digitalisierung, Aufstieg der Schwellenländer – die Grundfesten der Nachkriegswelt erschüttert. Sorgen wegen des veränderten Arbeitsmarktes und stagnierender Löhne grassieren.

Aber, diese globalen Veränderungen lassen sich nicht stoppen. Handelsabkommen wie TTIP sollten daher nicht zum Sündenbock gemacht werden. Handel kann, ganz im Gegenteil, die Folgen

der tektonischen Brüche lindern. Handel ist politisch schwierig. Kein Vertrag ist perfekt. Und es ist so leicht, dagegen zu sein. Laut Bertelsmann-Stiftung finden nur 17 Prozent der Deutschen TTIP »gut«.

Nun, da ein transatlantisches Freihandelsabkommen in greifbare Nähe zu rücken scheint, regt sich in vielen beteiligten Staaten breiter öffentlicher Widerstand gegen eine vermeintliche Aufweichung von Verbraucherschutzstandards, einen Kotau vor den Interessen der transnationalen Konzerne und die mangelnde Transparenz der Verhandlungen. Lori Wallach, Direktorin von Public Citizen, erläutert die Kritik an dem geplanten Abkommen:

»Dieses transatlantische Handels- und Investitionsabkommen soll, ähnlich wie früher das MAI [das Multilaterale Investitionsabkommen], die Privilegien von Konzernen und Investoren absichern und sogar noch ausweiten. So wollen die EU und die USA ihre jeweiligen Standards in »nicht handelspolitischen« Bereichen vereinheitlichen. Diese angestrebte »Harmonisierung« orientiert sich erwartungsgemäß an den Interessen der Konzerne und Investoren. Werden deren Standards nicht erfüllt, können zeitlich unbegrenzte Handelssanktionen verhängt werden. Oder es werden gigantische Entschädigungen für die Unternehmen fällig.«

Wir erleben das täglich in den Debatten über Gentechnik, über mit Chlor behandelte Hühnchen, die Buchpreisbindung, über geografische Identität, die Streit-schlichtung für Investoren und andere Themen. In allen diesen Diskussionen schwingt viel Wissenschaftsskepsis mit. Am stärksten ist die Ablehnung der Wis-

Umgekehrt verhält es sich allerdings, wenn es um den Klimawandel geht. Dann lehnen nur 37 Prozent der Befragten ab, dass Wissenschaftler sich darin einig sind, dass die Erde wegen des menschlichen Einflusses wärmer wird. Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass Klimaschützer Respekt vor dem wissen-



senschaft beim Thema Gentechnik, nicht nur in Europa. 88 Prozent der US-Wissenschaftler halten gentechnisch veränderte Lebensmittel für sicher, aber nur 37 Prozent der Amerikaner teilen diese Meinung. 67 Prozent der Amerikaner denken sogar, dass die Wissenschaftler die Gesundheitsrisiken von Genfood nicht genau verstehen.

schaftlichen Konsens über den Klimawandel verlangen und gleichzeitig das nahezu identische Niveau der wissenschaftlichen Übereinstimmung hinsichtlich der Sicherheit gentechnisch veränderter Lebensmittel leugnen.

Zudem ist das Vertrauen in die Regierungen offenkundig nicht sehr groß. Trans-

parenz, von der Öffentlichkeit gefordert, ist geboten. Fakten, nicht Furcht, sind gefragt. Angst dagegen ist ein schlechter Ratgeber. Ängste, und nicht Fakten, spielen eine große Rolle in der Debatte. Die Angst muss ein Thema sein – und sie ist es auch – in den Debatten über Standards, Kultur, Alltag, Gesundheit und Sicherheit.



Der Vorschlag für ein Streitschlichtungsverfahren für Investoren (ISDS) basiert auf dem Prinzip: Niemand kann klagen, bloß weil ihm Gewinne entgangen sind. Um was es geht, ist der Schutz von Investoren vor Diskriminierung wegen ihrer Nationalität sowie der Schutz vor Willkür und Ausübung von Zwang. Michael Froman hat darauf hingewiesen,

dass in den 51 Handelsverträgen der USA in 30 Jahren nur 17 Fälle verhandelt wurden. Und die Deutschen sollten nicht vergessen, dass Ludwig Erhard, der Vater des Wirtschaftswunders, das Verfahren einst erfunden hat, und dass das System ISDS zum Nutzen Deutschlands seit Jahrzehnten funktioniert.

So haben Vietnam und Kanada ein neues »Recht zu regulieren« und ein System von Handelsgerichtshöfen in ihre Vereinbarungen mit der EU inkorporiert. Die USA haben die Vorschläge nicht akzeptiert, vor allem, weil sie nach der UN-Konvention über Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit (International Centre for Settlement

of Disputes Convention) nicht durchgesetzt werden können.

Ich betone, dass Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht gesenkt werden. Wenn tarifäre Handelshemmnisse nicht beseitigen werden, bedeutet dies nicht, dass man die Standards auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner »harmonisiert«. Ziel ist vielmehr, Standards gegenseitig anzuerkennen, um das Niveau von Schutzstandards anzuheben. Ganz sicher wollen die Amerikaner nicht die deutschen Standards unterminieren. Zum Beispiel sind die US-Standards für Abgasemissionen sehr hoch, wie Volkswagen in den letzten Monaten schmerzhaft feststellen musste.

Die Anwendung des Vorsorgeprinzips, wonach Risiken vermieden werden sollen, selbst wenn ihr Eintreffen sehr unwahrscheinlich erscheint, hat die Debatte über den Marktzugang jahrzehntelang geprägt. Das Vorsorgeprinzip basiert auf der wissenschaftlichen Abschätzung der Risiken für die Umwelt und die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen. Vergleichsstudien europäischer und amerikanischer Experten zeigen, dass die Behauptung, Europa sei hier vorsichtiger, als es die USA sind, auf Stereotypen und Verallgemeinerungen beruht. Tatsächlich ist das Maß an Vorsicht hinter Regulierungen in den USA und in der EU sehr ähnlich.



Effektives Regieren in einer demokratischen Gesellschaft hängt davon ab, ob die Wähler ihre Entscheidungen aufgrund korrekter Informationen und nicht von Furcht getrieben treffen können. In der Debatte über Handelspolitik werden Zahlen, Daten und Fakten oft vernebelt. Angstmacher und Leugner, die wissenschaftliche Erkenntnisse infrage stellen, aber gewinnen die Herzen und Köpfe leichter als die akademischen Experten, deren Arbeit sie gern lächerlich machen.

Sachargumente benennen

Für den sachlichen Austausch von Argumenten ist in einer überhitzten

öffentlichen Debatte oftmals wenig Platz. Dabei ist ein offener und lösungsorientierter Austausch der Argumente beider Seiten für eine fundierte Beurteilung der Chancen und Risiken des Abkommens sowie seiner wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und strategischen Implikationen unerlässlich. Lassen Sie mich einige Gründe nennen:

Transparenz – Trotz regelmäßiger Informationen von der EU und der Bundesregierung an die Zivilgesellschaft und an NGOs organisieren diese den gesellschaftlichen Widerstand gegen TTIP. Am Ende muss TTIP, als gemischtes Abkommen, aber sowohl vom europäi-

schen wie vom deutschen Parlament und vom amerikanischen Kongress ratifiziert werden.

Mutual Recognition – Im Bereich der regulatorischen Zusammenarbeit haben beide Seiten dieselben Ziele, aber oft verschiedene Zulassungstests. Das belastet insbesondere kleine und mittlere Firmen. Der Abbau dieser doppelten Arbeit spart Geld, besonders in der Automobil-, Chemie- und Pharmaindustrie, dem Gesundheits- und Kommunikationssektor. Das Anerkennen gleichwertiger Standards (nicht Harmonisieren) hat wesentliche Kostenvorteile. Wie gesagt: Dies bedeutet nicht das Absenken von Standards.

Die öffentliche Daseinsvorsorge und Vergabe wird nicht angetastet – Wasser, Gesundheit und Bildung stehen nicht zur Debatte. Audiovisuelle Dienstleistungen, staatliche Subventionen für Theater, Museen, Opern und anderes sind ausgeschlossen. Öffentliche Aufträge sollen erleichtert werden, um allen Marktteilnehmern besseren Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen zu ermöglichen.

Verbraucherschutz, Umweltschutz, Arbeitnehmerschutz, Datenschutz – Im Bereich von Lebensmitteln, Medikamenten, Maschinen und Alltagsgegenständen werden sehr hohe Standards angestrebt. TTIP ermöglicht beiden Seiten, ihre jeweiligen Risikobewertungen beizubehalten.

US-Zölle auf Fleisch (30 Prozent), Getränke (22 bis 23 Prozent) und Molkeerzeugnisse (139 Prozent) sollen beseitigt werden. Chlorhühnchen- und Hormonfleischimporte werden nicht erzwungen. Hygienestandards müssen gewahrt werden. Auch bei GMOs, genetisch veränderten Nahrungsmitteln, bleiben bestehende Regulierungen erhalten. Beim Fracking gilt die deutsche Gesetzgebung ebenfalls weiter. Das Thema steht nicht auf der TTIP-Agenda.

Vertrauen schaffen

Ich kann nur betonen, dass es bei TTIP um sehr viel geht. Vor Jahren sagte ein

amerikanischer Präsident: »Wenn wir mit unserer Handelspolitik scheitern, dann können wir mit allem scheitern. Alles ist betroffen: unsere Beschäftigung, unser Lebensstandard, unsere Sicherheit und die Solidarität der freien Welt.«

Man könnte noch weitere Beispiele anführen. Nötig ist aber vor allem gegenseitiges Vertrauen. Es bildet nach wie vor das Fundament, auf dem unsere Partnerschaft gründet. Im Laufe dieser nunmehr über 60 Jahre währenden, überaus erfolgreichen Zusammenarbeit haben wir es vielleicht allzu oft als selbstverständlich hingenommen; haben vergessen, dass wir uns dieses Vertrauen immer wieder neu erarbeiten müssen. Dass wir die Sorgen unserer Partner ernst nehmen und unsere eigenen Positionen auch erklären müssen. Dass wir den Argumenten der anderen Seite Gehör schenken und zuweilen Kompromisse schließen müssen, wenn wir gemeinsam etwas erreichen wollen.

Nirgendwo wird dies vielleicht deutlicher als in den aktuellen Verhandlungen um die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. Ein Stichwort, mit dem in der öffentlichen Debatte hierzulande leider allzu oft nur Schiefegas und Chlorhühnchen verbunden werden, während wir uns in Amerika über die Liebe der Franzosen zu ihren Kunstfil-

men und über den seltsamen Wunsch der Deutschen, überhöhte Preise für ihre Bücher zu bezahlen, wundern.

Aber TTIP ist das wichtigste strategische transatlantische Abkommen seit 1949, also seit Gründung der NATO. TTIP soll eine Gemeinschaft hoher Standards bei Arbeit und Umweltschutz sowie gemeinsame Standards zum Beispiel für Zukunftstechnologien schaffen, um Innovationen schneller in einem gemeinsamen Markt einzuführen zu können.

Am Ende fällt die Entscheidung darüber, ob es uns besser geht, mit TTIP oder ohne. Ökonomisch und strategisch ist die Sache klar.

Ich bedanke mich.





Vorstellung der Teilnehmer auf dem Podium



Prof. James D. Bindenagel

James D. Bindenagel, Jahrgang 1949, ist ein führender Experte für transatlantische Beziehungen. Sein besonderer Fokus liegt auf dem deutsch-amerikanischen Verhältnis. Er blickt auf rund 30 Jahre Erfahrung im diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten zurück. So war er für das U.S. State Department tätig sowie für US-Konsulate und -Botschaften. 1989/90 war er stellvertretender Botschafter in der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin. Von 1996 bis 1997 amtierte er als US-Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. 2001 wurde James D. Bindenagel mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Seit 2014 lehrt er als Inhaber der Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Gouvernance und internationale Sicherheit an der Universität Bonn.



Thomas Jurk

Der 1962 in Görlitz geborene Thomas Jurk ist ein sächsischer Sozialdemokrat der ersten Stunde. Nach der Lehre und Arbeit als Funkmechaniker trat er im Dezember 1989 der Sozialdemokratischen Partei in der DDR bei und wurde 1990 in den Sächsischen Landtag gewählt, dem er bis 2013 durchweg angehörte. Von 1999 bis 2004 wirkte er als Vorsitzender der SPD-Fraktion. Mit dem Eintritt der SPD in eine Regierungskoalition wurde er im November 2004 zum Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit berufen. Das Amt begleitete er bis zum Jahr 2009. Seit Oktober 2013 ist Thomas Jurk Abgeordneter im Deutschen Bundestag und hier ordentliches Mitglied im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss. Der Vater zweier erwachsener Kinder ist mit seiner Frau im ost-sächsischen Weißkeißel zu Hause.



Prof. Dr. Udo Kreickemeier

Udo Kreickemeier, geboren 1969 in Darmstadt, ist seit April 2015 Inhaber der Professur für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der TU Dresden. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln und Dublin hat er im Jahr 2002 an der Universität Mainz promoviert. Im Anschluss arbeitete er für sieben Jahre in England an der University of Nottingham, zunächst als Lecturer, dann als Associate Professor in der dortigen School of Economics. Im Oktober 2009 wurde Udo Kreickemeier auf eine Professur für International Economics an der Universität Tübingen berufen, die er bis zu seinem Wechsel nach Dresden innehatte. Seine Forschungsschwerpunkte sind die internationale Handelspolitik, der Einfluss von Außenhandel und Offshoring auf den Arbeitsmarkt sowie die Verteilungseffekte der Globalisierung.



Stefan Weber

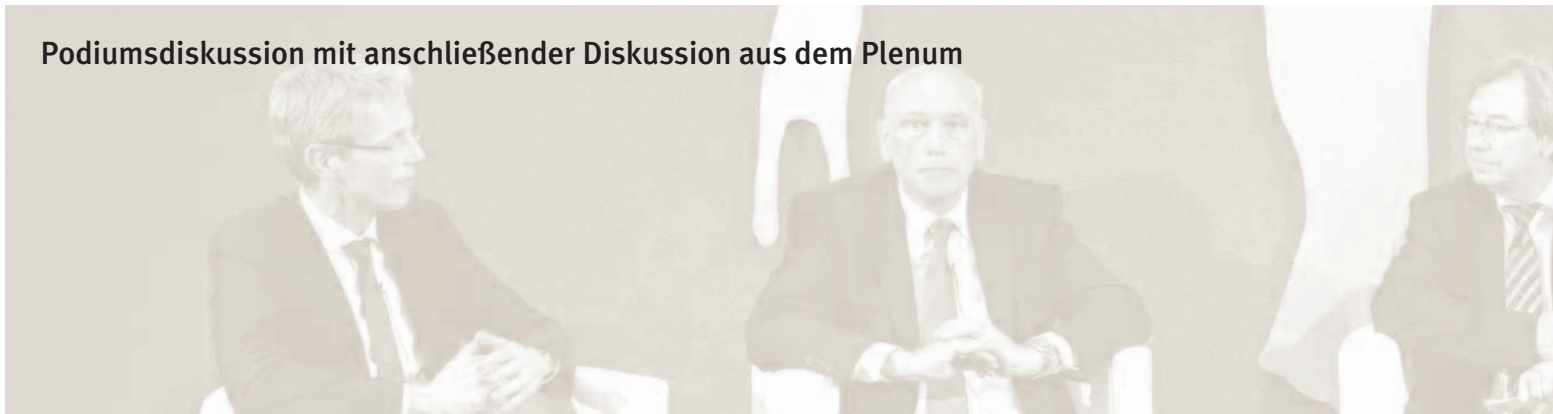
Der 1955 in Stuttgart geborene Jurist Stefan Weber studierte an der Eberhard Karls Universität Tübingen Rechtswissenschaften, Philosophie und Neuere Deutsche Geschichte. Berufliche Erfahrungen sammelte er unter anderem im höheren Dienst der Finanzverwaltung des Landes Baden-Württemberg, im Finanzministerium Baden-Württemberg und bei der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund in Bonn. Nach seiner Tätigkeit bei der Landeskreditbank Baden-Württemberg wurde Stefan Weber 1995 zum Mitglied der Direktion der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank, 1996 zum Mitglied des Vorstands und 2003 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernannt. Seit September 2006 ist er Vorsitzender des Vorstands der SAB. Stefan Weber ist verheiratet und hat eine Tochter.



Christoph Ulrich

Christoph Ulrich, geboren 1959 im niedersächsischen Wolfsburg, ist seit 2012 Ressortleiter der Redaktion Recherche bei der in Chemnitz erscheinenden Freien Presse. Nach dem Zivildienst studierte er Germanistik, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken mit dem Abschluss als Diplom-Volkswirt. Bereits während des Studiums als freier Journalist tätig, schloss er ein Volontariat bei der Tageszeitung Die Rheinpfalz mit Sitz in Ludwigshafen an. Nach seinen »Lehrjahren« arbeitete er hier als Redakteur in der Wirtschaftsredaktion. Im Februar 1991 wechselte Christoph Ulrich zur Freien Presse als Ressortleiter Wirtschaft, später auch zuständig für Politik. Seit 1992 ist er mit seiner Familie im Erzgebirge heimisch.

Podiumsdiskussion mit anschließender Diskussion aus dem Plenum



Christoph Ulrich, Moderation:

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie auch noch einmal ganz herzlich begrüßen. Christoph Ulrich ist mein Name. Ich leite die Redaktion Recherche bei der Freien Presse. Das ist eine Redaktion, die Texte für Politik, Wirtschaft und auch für die Landespolitik erstellt.

Wir haben jetzt einen aufrechten Verfechter des TTIP-Abkommens gehört, Herrn Professor Bindenagel. Gehen wir einmal zu einem deutschen Vertreter, nämlich zu Herrn Thomas Jurk, der als Bundestagsabgeordneter die Gelegenheit wahrgenommen hat, die TTIP-Papiere zu lesen. Er war mehrere Stunden im Lesesaal und hat sich intensiv damit beschäftigt. Herr Jurk, Sie haben eben ein wenig skeptisch geblickt. Sie glauben, TTIP könnte auch scheitern. Herr Professor Bindenagel hat gesagt: »Es darf nicht scheitern.« Wie sehen Sie die Situation?

Thomas Jurk: Einerseits halte ich die Verhandlungen zu einer transatlantischen

Investitions- und Handelspartnerschaft für sehr chancenreich. Andererseits stellen wir immer mehr fest, dass die Leute gefühlt immer größeren Abstand davon nehmen wollen. Die Bevölkerung – das verdeutlichen die Umfragedaten – sieht das Ganze mittlerweile sehr skeptisch und kritisch. Vor wenigen Tagen hat das ZDF einmal bei Google nachgefragt, was die Leute so an Substantiven, an Kombinationen eingeben zum Thema »TTIP«. Auf Platz eins war »TTIP« und »Nachteile«, auf Platz 14 kam dann irgendwann »TTIP« und »Vorteile«. Man sieht schon an der Situation, die wir momentan in Deutschland erleben, die eher von Unsicherheit und Furcht vor etwas Neuem getragen ist, dass es erhebliche Bedenken dagegen gibt.

Sie haben es angesprochen: Wir haben uns als Bundestagsabgeordnete – da muss ich den Bundestagspräsidenten und den Bundeswirtschaftsminister lobend erwähnen – erkämpft, dass wir überhaupt Zugang zu diesen Akten

bekommen, und zwar zu dem, was Verhandlungstexte zum einen der europäischen Seite und zum anderen der amerikanischen Seite betrifft, und, was noch viel wichtiger ist, was den konsolidierten Vertragstext angeht, also worauf man sich bereits verständigt hat.

Ich muss ehrlich sagen, es existieren ja gewisse Mythen, wie das mit dem Lesesaal im Bundeswirtschaftsministerium angeblich ist. Vor allem ist es nicht ganz unkompliziert. Sie müssen Ihr Handy abgeben, Sie haben dann einen Computer, an dem Sie sich einloggen und die Texte durchscrollen können. Sie haben umfangreiche Wörterbücher, denn da geht es natürlich um Fachenglisch – es ist ja alles in Englisch abgefasst. Und wenn manche Kollegen behaupteten, man dürfe nicht einmal einen Kugelschreiber oder Bleistift mitnehmen, um sich etwas zu notieren: Das liegt alles da; man kann sich etwas aufschreiben, etwas notieren. Ich habe auch einen Kollegen neben mir erlebt, der einen



Dolmetscher bei sich hatte, der ihm das alles vorgelesen hat. Ich will dennoch sagen, dass es sehr mühsam und kompliziert ist und man sich in den zwei Stunden, die man als Abgeordneter die Chance hat, sich das nach vorheriger Anmeldung anzuschauen, natürlich die Inhalte nicht umfassend aneignen kann.

Allerdings will ich ausdrücklich darauf hinweisen: Das Pendant zum amerikanischen Kongress ist ja erst einmal das Europäische Parlament. Ich freue mich, dass Professor Bindenagel darauf hingewiesen hat, dass es sich um ein gemischtes Abkommen handelt. Das wird ja momentan noch ein bisschen angezweifelt durch die EU-Kommission, währenddessen die Bundesregierung und der Europäische Rat davon ausgehen, dass die nationalen Parlamente über TTIP abstimmen werden. Es ist ganz einfach so, dass bei früheren Freihandelsabkommen der EU, beispielsweise mit Südkorea oder mit Peru und Kolumbien, die nationalen Parlamente

ratifiziert haben. Wir sind in einer Situation, in der wir alle meinen, die Abstimmung in den nationalen Parlamenten ist richtig.

Es stellt sich dann allerdings die Frage, worüber wir da abstimmen können. Denn wir haben mit dem Lissaboner Vertrag von 2007 schon vor Jahren die Kompetenz im Bereich Handel an die Europäische Kommission abgegeben. Nur dort, wo nationales Recht unmittelbar betroffen ist, können die nationalen Parlamente noch abstimmen. Das macht deutlich, dass das alles nicht so einfach ist und dass wir eher schauen müssen, wie sich das Europäische Parlament verhält, ehe wir dann in zweiter Instanz gefragt werden.

Aber ich will deutlich sagen: Es hat sich etwas getan. All die Kritiker haben mitgeholfen, dass wir mehr Transparenz in das Verfahren bekommen haben. Nicht nur ich, sondern auch die Bevölkerung hat nämlich den Eindruck gewonnen,

dass sich manche Vorgänge in Brüssel verselbstständigt haben. Da muss man sehr vorsichtig sein, wenn man meint, Verhandlungen müssen zuerst ohnehin einmal im stillen Kämmerlein geführt werden. Das ist ja im Grunde richtig. Wenn man verhandelt, kann man nicht alles erst einmal auf den Markt hinaustragen. Aber aus meiner Sicht ist es tatsächlich so, dass insbesondere Karel De Gucht, der als Handelskommissar diese Verhandlungen einst begonnen hat, das durchaus unterschätzt hat. Bei Cecilia Malmström, die jetzt Handelskommissarin ist, sehe ich größere Offenheit. Sie hat mit dafür gesorgt, dass wir als Bundestagsabgeordnete überhaupt Einblick in diese Verhandlungsakten nehmen konnten.

Christoph Ulrich: Herr Professor Kreckemeier, kommen wir noch einmal zu dem Thema »Die Skepsis der Deutschen vor dem Freihandel« zurück. Seit 2015 sind Sie Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen



in Dresden. Und Sie haben sich auch an anderen Universitäten mit Freihandel beschäftigt. Was meinen Sie, ist Freihandel ein Fluch oder ein Segen?

Prof. Dr. Udo Kreickemeier: Zunächst einmal kenne ich kein ökonomisches Modell, vielleicht abgesehen vom allerältesten Ricardianischen Außenhandelsmodell, das vorhersagt, dass in einem Land jeder vom Freihandel profitiert. Die Volkswirtschaftslehre hat diesbezüglich zwei große Botschaften. Die allermeisten Modelle, in denen wir über Freihandel nachdenken, sagen voraus, dass ein Land im Durchschnitt zwar von Freihandel profitiert, es aber gleichzeitig individuelle Gewinner und Verlierer geben wird. Jetzt ist natürlich die Frage, inwiefern die Ablehnung in Teilen der Bevölkerung rational ist in dem Sinne, dass sie befürchten, dass sie zur Gruppe der individuellen Verlierer gehören werden.

Deswegen ist es wichtig zu sagen, die durchschnittlichen Gewinne für ein Land

werden begleitet davon, dass zum Beispiel Exportfirmen selbstverständlich von den Exportmöglichkeiten, dem Absenken von Zöllen, der Harmonisierung von Standards profitieren. Aber es gibt auch in einem Land wie Deutschland sehr viele kleine Unternehmen, die eben nicht exportieren und es auch in einer TTIP-Welt nicht tun werden, die stattdessen, weil es eben ein symmetrisches Abschaffen von Zöllen und anderen Handelsbarrieren ist, an der einen oder anderen Stelle mehr Importkonkurrenz ausgesetzt sein werden.

Diese Handelsgewinne – ich denke, das ist wichtig –, die wir in allen unseren Modellen haben, die kommen eindeutig daher, dass Personen, die ursprünglich in Tätigkeiten beschäftigt waren, die einer Importkonkurrenz nicht standhielten, in einer neuen Nach-TTIP- oder Nach-Handelsliberalisierungswelt in anderen Unternehmen tätig sind, die exportieren, die produktiver sind, die höhere Löhne zahlen. Das bedeutet

diese Verschiebung von Personen und von Produktionsfaktoren allgemein, also hoch-/niedrigqualifizierter Arbeitskräfte von weniger erfolgreichen zu erfolgreichen Unternehmen. Das ist das, was die Handelsgewinne treibt, und das ist aber natürlich auch das, was bei den Betroffenen Anpassungskosten verursacht. Die können – damit hat sich die Wissenschaft in den letzten Jahren sehr ausführlich beschäftigt – individuell sehr groß sein. Vielleicht wäre es für die Akzeptanz hilfreicher, darüber nachzudenken, wie man solchen individuellen Verlierern eines Prozesses, den ein Land als Ganzes durchaus begrüßen sollte, das irgendwie schmackhaft machen könnte.

Christoph Ulrich: Kommen wir zu Stefan Weber, Vorstandsvorsitzender der Sächsischen Aufbaubank. Herr Weber, Sie sind sozusagen im Finanzwesen tätig und – das ist zwar eine Förderbank – natürlich eingebunden in den Finanzmarkt. Der Finanzmarkt selbst war ja am meisten



dereguliert, die Freiheit war dort schon am größten. Kommen daher vielleicht die Ängste der Deutschen? Es hat ja 2008/2009 bereits einen Crash gegeben, auf dem Finanzmarkt.

Stefan Weber: Ich glaube, man kann nicht völlig leugnen, dass die Real-erfahrung mit der Regulierung im Finanzmarkt keine gute war. Ich fürchte aber, dass wir in der Debatte über TTIP gar nicht so sehr faktengetrieben sind. Es ist aus meiner Sicht ein generelles Misstrauen in fast allen Ländern der westlichen demokratischen Sphäre gegen die Eliten zu beobachten. Es ist nicht mehr nur ein Misstrauen gegenüber Ländern, sondern vielmehr gegenüber den Verhandlungsführern. Man traut den Repräsentanten nicht mehr. Wir haben das nicht nur in dem Bereich, sondern in ganz vielen Bereichen, und in den USA mit Donald Trump und der Tea-Party-Bewegung gibt es ebenfalls ein ausgeprägtes Elitenmisstrauen. Das bekommt man nicht einfach mit Trans-

parenz weg, wie man im Internet sehen kann. Dort wird mit mathematischen Formeln die Einsteinsche Relativitätstheorie transparent gemacht – verstehen tut sie trotzdem keiner. Sie können die TTIP-Akten einstellen, verstehen wird es trotzdem niemand. Das muss auch nicht sein. Es ist ein Misstrauen gegen die, die da verhandeln.

Völlig skurril finde ich, dass ausgerechnet in Deutschland Ängste entstehen. Exportweltmeister, Qualitätsmeister – warum wir Angst haben, habe ich nicht verstanden. Ich kann mir vorstellen, dass es Ängste in Frankreich gibt, durch den Binnenmarkt in Europa. Da haben wir das Ganze nämlich schon einmal hinter uns gebracht. Der Binnenmarkt war TTIP in Europa. Da waren wir Deutschen nicht die Verlierer, jedenfalls nehme ich nicht wahr, dass die deutsche Wirtschaft verloren hat. Die Angst vor Konkurrenz ist bei einem exportorientierten Land auch skurril. Die »German-Angst« ist ein Wort, das in den USA geläufig ist. Die ist

manchmal ein bisschen skurril, manchmal lästig, manchmal ist sie gefährlich. Derzeit denke ich, ist sie vor allem gefährlich.

Das Letzte vielleicht in der ersten Runde: Es wird suggeriert, dass man das kaufen muss, was angeboten wird. Es ist ja nicht so, dass durch TTIP ein Kaufzwang entsteht. Es bleiben einfach nur mehr Freiheitsgrade für denjenigen, der etwas erwerben will. Worin da das Problem besteht, das habe ich nicht verstanden. Sie werden weder gezwungen, ein Chlornhähnchen zu kaufen noch irgendetwas anderes. Sie können weiterhin deutsch-regional Bio kaufen. Es gibt nur das andere auch.

Ein allerletzter Punkt. Ich sehe am Frankfurter Flughafen bei den Urlaubsflügen in die USA ganz wenige Lebensmittelpackungen, die mitgenommen werden. Die Furcht derjenigen, die die USA besuchen, dass man dort nichts essen kann, finde ich grotesk. Natürlich isst man







dort das, was es gibt. Es ist übrigens das Land, das die Hygiene erfunden hat. Ich denke, die Angst ist unbegründet und lähmt die Debatte. Und Transparenz ist es nicht allein. Sie können die ganzen Dokumente ins Netz stellen, es wird sich aus meiner Sicht nichts daran ändern, dass es ein Grundmisstrauen gibt – und das ist die wirkliche Gefahr.

Christoph Ulrich: Herr Jurk, bleiben wir bei der Skepsis gegenüber den Eliten. Sie diskutieren als Bundestagsabgeordneter öfter zum Thema TTIP. Schwappt Ihnen das auch so entgegen?

Thomas Jurk: Ja, das ist das, was uns alle momentan umtreibt und uns Sorge bereitet. Umso mehr sollten wir alles dafür tun, dass hier nicht der Eindruck entsteht, wir wüssten nicht, wovon wir sprechen. Es ist nun nicht mein Hauptthemengebiet, TTIP zu behandeln. Ich bin im Haushaltsausschuss zuständig für den Einzelplan 09 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Wir

haben bei 193 Abgeordneten in meiner Fraktion einen hohen Spezialisierungsgrad. Gleichwohl will ich natürlich wissen, wie der Verhandlungsprozess läuft. Das ist sehr wichtig. Aber ich glaube, mit Blick auf die politische Situation generell – da bin ich ganz offen –, wenn man mit den Leuten bei uns im Land redet: Das Vertrauen in die USA – das ist kein Antiamerikanismus, damit ich nicht falsch verstanden werde – hat etwas gelitten. Ich höre von vielen, die etwa ein bisschen skeptisch sind, was die amerikanische Haltung beim Ukraine-Russland-Konflikt angeht. Dann waren die Erwartungen an Präsident Barack Obama vielleicht auch überhöht. Und last but not least ist in der deutschen Öffentlichkeit nicht wirklich gut angekommen, dass die Mobiltelefone der Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten von den amerikanischen Geheimdiensten abgehört wurden.

Das sind alles so Dinge, die man natürlich betrachten muss und die mir auffallen.

Gleichwohl, ich war vor wenigen Tagen mit einer Besuchergruppe, die vorher im Deutschen Bundestag war, am Denkmal der Luftbrücke in Berlin-Dahlem. Da sieht man auch, was die Amerikaner damals für Berlin getan und geleistet haben. Das sollte man natürlich alles im Zusammenhang sehen.

Was mir noch auffällt, und da habe ich sehr intensiv gerade Professor Binde-nagel zugehört, es gibt natürlich ein paar Prinzipien, die schwer überein zu bringen sind. Wenn ich über das Vorsorgeprinzip rede, das bei uns in der Europäischen Union gilt, wo bestimmte Produkte und Dienstleistungen erst zugelassen werden, wenn vorab der Nachweis geführt wurde, dass sie unbedenklich sind, und im Gegensatz dazu das amerikanische Nachsorge- oder Haftungsprinzip sehe, bei dem es sich ja durchaus bewährt haben mag, dass man erst einmal abwartet. Wenn da aber etwas schiefeht, dann bedeutet das möglicherweise den Untergang der Firma.



Aber dann kann es natürlich schon ein Unglück gegeben haben. Ich habe jetzt keine Statistik parat, anhand der man nachweisen könnte, das eine oder das andere Prinzip würde dort irgendwie andere Auswirkungen haben. Aber Fakt ist natürlich, dass sich beide Prinzipien erst einmal diametral widersprechen. Das macht die Sache natürlich insofern relativ schwierig.

Ich möchte nicht mit dem Ende der Diskussionsrunde beginnen. Aber was sehr viele Menschen momentan umtreibt ist die Frage des Investorenschutzes. Ich muss Professor Bindenagel Recht geben. Natürlich waren es gerade die Deutschen, die als Bundesrepublik Deutschland weit über einhundert Freihandelsabkommen mit Staaten dieser Erde geschlossen haben. Und immer haben sie Wert darauf gelegt, dass es diesen Investorenschutz gibt. Das geschah auch aus guten Gründen. Es geschah aus materiellen Gründen, etwa der Furcht vor Enteignung durch

eine neue Regierung, oder aber zum Schutz vor immateriellen Schäden, also Schadenersatzforderungen, die dadurch entstehen, dass sich Gesetze ändern und man dann quasi das Geschäftsmodell nicht mehr durchsetzen kann. Das ist ja in einigen Fällen wirklich so gewesen.

Aber ich gebe zu bedenken, dass sowohl die USA als auch Europa gewachsene Rechtssysteme haben, dass wir hier eine öffentliche Gerichtsbarkeit haben, die eigentlich diese Problemfelder lösen könnte. Entsprechend halte ich es schon für antiquiert, wenn in Fragen des Investorenschutzes dann private Schiedsgerichte angerufen werden müssen, die besetzt sind von seitens der Vertragsparteien vorgeschlagenen Richtern und einem Unabhängigen. Ich finde es indes besser – Sigmar Gabriel hat den Vorschlag gemacht –, einen internationalen Handelsgerichtshof zu gründen. Gut, das ist ein bisschen Zukunftsmusik. Dafür muss man noch viel Überzeu-

gungsarbeit leisten, damit so etwas vielleicht einmal zustande kommt.

Aber es gibt ja jetzt den Alternativvorschlag der EU, der freilich von den Amerikanern nur sehr zögerlich aufgegriffen wird. Bei diesem Vorschlag geht es darum, dass man zunächst einmal einen Pool von Richtern bildet, und zwar fünf von den Amerikanern berufen, fünf von der EU und fünf Unabhängige. Kommt es zu einem Verfahren, dann wird von jeder Seite ein Richter ausgelost, also drei am Ende. Diese Dreierkombination urteilt schließlich, wobei es allerdings auch eine Berufungsinstanz gibt, die ja momentan nicht existiert.

Das empfinde ich als ein Verfahren, das in sich schlüssig ist und das durchaus auch verhindern will, dass es da Fehlurteile gibt – ich formuliere es ganz vorsichtig. Ich sehe auch, dass wir jetzt aus der öffentlichen Debatte über Schiedsgerichtsverfahren heraus etwas entwickelt haben, was nach meiner Ansicht



unseren modernen Rechtsordnungen besser gerecht wird.

Christoph Ulrich: Herr Professor Bindenagel, sind das für Sie auch die Knackpunkte der TTIP-Verhandlungen, das Vorsorgeprinzip und der Investorenschutz?

Prof. James D. Bindenagel: Nein, ich finde, wie Herr Jurk klar gesagt hat, wir haben einerseits in Europa das Vorsorgeprinzip und andererseits in den Vereinigten Staaten das nachsorgebasierte Wissenschaftsprinzip. Wenn Sie sich beide genau ansehen, dann liegen die Resultate nah beieinander. Es ist in erster Linie eine kulturelle Frage und es geht auch um Angst. Nach dem Motto, weil es anders ist, muss es falsch sein – auf beiden Seiten. Ich habe persönlich in den letzten 20 Jahren diese Debatte begleitet, im Bundestag und auch im Kongress. Es war immer ein Thema.

Nein, ich finde, das ist auch eine Frage dessen, was wir hier schon gesagt

haben. Erstens muss man verstehen wollen, was ist. Zweitens sollte man ein bisschen Vertrauen in die Analysen haben, das gilt auch für andere Themen wie etwa das Schiedsgericht. Der erwähnte europäische Vorschlag ist interessant, aber die Amerikaner stellen jetzt natürlich die Frage, ob das mit den internationalen Konventionen harmoniert, ob es möglich ist, diese Idee auch durchzusetzen. Das sind immer auch Fragen des Vertrauens, bei denen man Fakten und Zahlen sprechen lassen muss, um sich vernünftig damit auseinandersetzen zu können. Ansonsten haben wir es nur mit Angst und Vorbehalten zu tun und Vertrauen kann auf diese Weise nicht entstehen.

Das, was wir heute hier machen, solche Gespräche führen, das machen wir schon seit Jahren. Wir sind nicht die Unterhändler, aber wir sind Menschen, die Fragen haben und sich mit dem Thema auseinandersetzen und es diskutieren. Und das, obwohl wir nicht alle Infor-

mationen haben und die Unterhändler uns nicht ausreichend informieren. Da gibt es Versäumnisse, das muss ich wirklich sagen. Natürlich kann man bei solchen Verhandlungen nicht alle Karten auf den Tisch legen. Aber man kann erklären, wie das Spiel geht, wie man miteinander umgeht und was die zentralen Fragen sind. Das haben wir bislang nicht gemacht, und auch deswegen diskutieren wir heute in dieser Runde.

Stefan Weber: Wahrscheinlich bin ich der einzige Jurist auf dem Podium. Ich möchte daher ein paar Aspekte zum amerikanischen Rechtssystem äußern. Es geht nicht um eine Willkürjustiz in den USA, und es ist ein Rechtsstaat. Jeder deutsche Unternehmer hat als Priorität in seinen Investitionsentscheidungen die Rechtssicherheit. Alle Statistiken zeigen das. Weil niemand in der Sorge investiert, es wird ihm später weggenommen. In Deutschland haben wir den enteignungsgleichen Eingriff. Die Frage ist: Wie relevant wird dies?



Unterstellen wir jeweils Willkürakte auf europäischer oder auf US-amerikanischer Seite? Nur dann wird es wirklich einschlägig. Alles andere ist ein völlig übertriebener Ansatz. Natürlich können Sie rechtliche Vorschriften und Standards ändern, da müssen Sie gegebenenfalls Ausgleichs leisten – erster Punkt.

Zweiter Punkt: das Rechtssystem und das Vorsorgeprinzip. Ein Teil der kritischen Debatten aus der Wirtschaft liegt auch darin begründet, dass wir in Europa natürlich erhebliche Anforderungen an die Wirtschaft stellen, bevor ein Produkt zugelassen wird. Das muss nicht immer sinnvoll sein. Daraus jedoch abzuleiten, in den USA sei in dieser Hinsicht gar nichts gewährleistet, das stimmt schon mal nicht wegen der Interessen, die die Shareholder haben. Getreu dem Motto: Fang mal an mit dem Produkt; wenn es schiefgeht, werden wir es schon sehen. Das Interesse, dass man sein eigenes Unternehmen nicht vernichtet, ist da. Ein gewisser Mix wäre ganz gut.

Wir sollten uns nicht in der idealen Welt des Rechtssystems wähen. Die deutsche Justiz ist sicherlich sehr gut, aber es ist nicht der Endzustand des Juristischen. Die US-amerikanische Justiz ist nicht so skurril, wie sie in den Boulevardblättern ab und zu anhand irgendeines Urteils dargestellt wird. Es sind zwei absolut moderne, auf hohem Niveau geordnete Rechtssysteme.

Deswegen ist die Frage, wie ich damit umgehe und welche Fälle aufschlagen. Erwarten wir Willkür, willkürliche Enteignungen und Beschlagnahmen oder erwarten wir sie nicht? Ich denke, die können wir nicht erwarten. Wenn zwischen Europa und den USA nicht davon ausgegangen werden kann, dass es sich um entwickelte zivile Gesellschaften handelt, mit wem wollen wir dann noch Handelsabkommen schließen? Bei aller Frage der Sicherheit oder Verlässlichkeit, wie ein Richter agiert, da würde ich mich in den USA wahrscheinlich überall wohler fühlen als in

manchen Ländern, die heute auch schon angesprochen worden sind. Von daher rate ich zu einer gewissen Zurückhaltung und zu keiner rechtstechnischen oder rechtsphilosophischen Debatte. Die scheitert.

Thomas Jurk: Als Nichtjurist will ich aber darauf hinweisen, dass erstaunlicherweise beim Freihandelsabkommen der EU mit Kanada nachverhandelt und genau dieser Passus geändert wurde – genau in der Richtung, wie die EU das vorgeschlagen hat. Dazu muss ich sagen, dass sich die Kanadier bewegt haben. Das finde ich sehr gut und insofern glaube ich, dass es – Sie haben es ja gesagt – das entwickelte Rechtssystem ist. Wir haben entwickelte Rechtssysteme. Warum wollen wir da nicht etwas Modernes machen und nicht etwas, das man in der Vergangenheit vielleicht einmal gebraucht hat, weil man es mit unberechenbaren Systemen zu tun hatte?



Prof. James D. Bindenagel: Ich würde dazu kurz anmerken, was ich in meinem Referat bereits angesprochen habe. Die Frage ist doch, ob es mit dem internationalen Recht verträglich ist. Das wissen wir noch nicht. Deswegen haben die Amerikaner darauf noch nicht geantwortet. Es liegt auf dem Tisch, es wird diskutiert, aber es ist noch nicht entschieden. Die Juristen prüfen diese Fragen und präsentieren mitunter einen anderen Vorschlag, den die Unterhändler dann aufgreifen müssen. Das ist eine willkürliche Frage oder eine juristische oder eine politische Frage. Vielleicht ist es sogar nur ein Missverständnis. Deswegen sind solche Diskussionen wie die heutige so wichtig.

Christoph Ulrich: Welche Rolle spielt der Investorenschutz aus Sicht der Wissenschaft, Herr Professor Kreickemeier?

Prof. Dr. Udo Kreickemeier: Ich hatte Herrn Jurk in seiner ersten Einlassung zu dem Thema so verstanden, dass er sag-

te, dass es für ein Abkommen wie TTIP diesen Grund, den es für die Schiedsgerichte in früheren Abkommen mit weniger entwickelten Volkswirtschaften, weniger entwickelten Rechtssystemen gab, nämlich dass wir unsere Investoren vor Willkür schützen müssen, für die nun beteiligten Staaten nicht gibt. Ich hatte ihn so verstanden, dass er denkt, dass die Notwendigkeit, so etwas als Bestandteil eines Handelsabkommens zu haben, hier weniger groß ist. Dies leuchtet mir ein, aber aus ökonomischer Sicht kann ich dazu relativ wenig sagen.

Es gibt Studien, nach denen internationale Investitionen in Südländern maßgeblich davon abhängen, ob es einen Investorenschutz gibt oder nicht – jenseits der lokalen Gerichtsbarkeit. Ich kenne keine vergleichbaren Studien für Investitionen in Volkswirtschaften mit entwickelten Rechtssystemen. Es würde mich wundern, wenn die Effekte vergleichbar groß wären. Deshalb ist aus ökonomischer Sicht die Frage, ob

die Abwesenheit eines solchen Abkommens zu niedrigeren Investitionen führt und ob es möglich ist, die Investitionen durch die Einrichtung einer solchen Schiedsgerichtbarkeit zu erhöhen. Ich denke, da ist die volkswirtschaftliche Sicht nicht eindeutig.

Ich wollte aber, da ich gerade das Wort habe, zu dem Thema Standards noch etwas sagen. In seinem Vortrag hat Herr Bindenagel sehr richtig und für mich auch sehr einleuchtend vom Abbau von Bürokratie gesprochen. Ich glaube, das ist sinnvoll bei willkürlich unterschiedlichen Standards. Hier können sich die Verhandler zusammensetzen und sagen: Wir regeln es so, ihr regelt es so, aber eigentlich ist es egal, einigen wir uns doch auf einen Weg oder erkennen beide an. Das scheint mir völlig unproblematisch zu sein.

Sie hatten aber auch den Begriff der kulturellen Unterschiede genannt. Da denke ich, es gibt eben diverse Arten



von Standards. Das sind diejenigen, die in der öffentlichen Diskussion zu Recht oder zu Unrecht als kritisch wahrgenommen werden. Da könnte man sich durchaus fragen, wenn ein Abkommen tatsächlich an so etwas scheitern sollte, ob man nicht das eine von dem anderen trennt. Jedoch sind die ökonomischen Analysen, Projektionen, was die Wohlfahrtseffekte von TTIP angeht – das sind die vorhergesagten Effekte eines Abkommens, dessen Details man nicht kennt –, mit sehr viel Unsicherheit behaftet. Gewinne kommen immer aus dem Abbau von Bürokratie, aus dem Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse, da die Zölle – mit wenigen Ausnahmen – im Durchschnitt schon sehr niedrig sind.

Die Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von Standards hat in der Öffentlichkeit ein schlechtes Bild aufgrund ganz weniger, ausgewählter Standards, bei denen die kulturellen Unterschiede eben eine Rolle spielen. Wenn

man das eine nur von dem anderen trennen würde und sagte, es gibt viele Bereiche, in denen Harmonisierung, gegenseitige Anerkennung von Standards ganz unkritisch ist. Die Unternehmer, die Wirtschaftsvertreter hier im Saal kennen sicher hundert kleine Beispiele, wo willkürliche Unterschiede sehr große Kosten verursachen. Abbau von Bürokratie – ich denke, das alles sollte möglich sein, selbst wenn man sich bei einigen großen Themen, die wir genannt haben, nicht einigen kann.

Christoph Ulrich: Herr Jurk, wenn ich Herrn Professor Bindenagel richtig verstanden habe, sind vielleicht nicht der mögliche Kompromiss oder die Verhandlungen selbst die Ursache für ein mögliches Scheitern von TTIP, sondern eventuell ist es dessen geringe Akzeptanz in den einzelnen Ländern Europas. Weil schlichtweg den Menschen nicht genug erklärt wurde, was dieses Abkommen werden soll. Die Öffentlichkeitsarbeit ist gescheitert für TTIP. Sehen Sie das auch so?

Thomas Jurk: Das ist sehr schwierig, weil ich glaube, dass mittlerweile mehr Öffentlichkeit hergestellt worden ist, als es sonst üblich war. Es wurden ja zig Freihandelsabkommen bereits verhandelt. Ich hätte mir übrigens gewünscht, dass wir im Rahmen der WTO für die ganze Welt Abkommen schließen, aber es ist nun einmal die Krux, dass wir das nicht hinkommen, insbesondere weil beispielsweise die Inder sich gegen die Doha-Runde gewandt haben, die Afrikaner dort ihre Bedenken haben – sicherlich auch aus nachvollziehbaren Gründen. Deshalb schließt man ja bilaterale oder multilaterale Abkommen. Grundsätzlich finde ich es aber richtig, dass man Verhandlungen aufgenommen hat.

Denn eines steht fest: Es gibt das TPP der Amerikaner mit den pazifischen Staaten von Japan bis nach Australien, die dann möglicherweise in Zukunft auch Benchmark für uns sein werden. Da ist eben die Frage, was wir dem entgegensetzen wollen. Oder wenn die



Chinesen sich mit anderen asiatischen Staaten zusammentun und dort Standards definieren, die wir dann kaum noch beeinflussen können, weil sie den Wettbewerb bestimmen. Das sind gefährliche Dinge. Das wollte ich in dem Zusammenhang noch einmal benennen. Aber für mich ist der entscheidende Punkt, dass ich glaube, dass wir nach Möglichkeit danach trachten sollten, die Bevölkerung ausreichend zu informieren. Da gebe ich Ihnen Recht.

Ich sehe auch, dass derlei Bemühungen stark zugenommen haben. Jetzt kommt das Problem: Wir könnten die Transparenz noch wesentlich weiter erhöhen, wobei man sich dann fragen muss, wozu man noch Verhandlungen führt. Und glauben Sie mir, auch das wird einigen nicht ausreichen. Klar gibt es berechtigte Befürchtungen. Die muss man alleamt entkräften oder zumindest den Versuch antreten, wir als Politik oder wir hier im Podium.

Von daher will ich noch einmal das abgedroschene Thema Chlorhühnchen bringen. Ich war bei einer Reise des Landtagspräsidenten 2002 als junger Abgeordneter in Amerika. Das waren drei sehr lehrreiche Wochen für mich, wahrscheinlich habe ich da auch schon Chlorhühnchen gegessen oder was weiß ich. Ich kann nicht sagen, wie weit die Genmanipulationen damals schon gewesen sind. Ich sitze heute immer noch hier. Man sollte das nicht übertreiben, es aber auch nicht auf die ganz leichte Schulter nehmen. Natürlich hat die Agrarlobby in den USA enormes Interesse, auf den europäischen Markt zu drängen, wobei der momentan sehr angespannt ist. Wenn ich mir die Situation nicht nur bei Milch, sondern auch auf dem Fleischmarkt ansehe, ist das natürlich sehr heftig.

Ich befürchte natürlich, was ja auch im Osten bei uns der große Vorteil ist, die großen Schläge, die großen Unternehmen, bei denen die Amerikaner natürlich

Wettbewerbsvorteile haben. Das heißt schon, dass der Druck auf den europäischen Markt größer werden wird. Wenn man das zu Ende denkt, weiß man auch, dass das für unsere Landwirtschaft schwierig werden könnte. Ich formuliere es ganz vorsichtig. Unbedingt hormonbehandeltes Fleisch oder Fleisch von Klontieren, das ist nicht mein Ding – da bin ich jetzt mal ganz ehrlich. Insofern denken viele Leute auch so und sagen, dass sie das nicht haben möchten. Deshalb lassen sie sich relativ einfach für die Kampagnen gegen TTIP begeistern. Das ist halt so, da muss man ganz genau hinschauen und gut argumentieren.

Was ich noch kritisch sehe, und nicht erst, seitdem Greenpeace die amerikanischen Verhandlungspositionen veröffentlicht hat. Die Verhandlungen haben sich bei einigen Aspekten regelrecht verhakt. Wir haben jetzt die 13. Verhandlungsrunde Ende April 2016 in New York gehabt. Es wird sehr deutlich, dass insbesondere bei der Frage der öffentlichen



Ausschreibung, also des öffentlichen Beschaffungswesens, die amerikanische Seite kaum Zugeständnisse macht, stattdessen eher die Agrarlobby viel Druck ausübt. Das ist das, was man nachlesen kann.

Man kann aus der Beschreibung des Verhandlungsprozesses erkennen, dass es weiß Gott nicht einfach ist. Ich stehe da übrigens im Gegensatz zu manchen, die jetzt fordern, die Verhandlungen sofort abzubrechen. Was für ein Blödsinn. Wenn die Europäer ängstlich werden und nicht einmal den Mumm haben, sich darauf einzulassen und zu schauen, was gemeinsam erreicht werden kann, finde ich das der Sache nicht angemessen. Ich wünschte mir hingegen, dass gerade auch die amerikanische Seite anerkennt, dass es in Europa Besonderheiten gibt. Sie haben etwas scherzhaft die Buchpreisbindung genannt.

Insbesondere bei der Erteilung des Verhandlungsmandats an die EU-Kom-

mission – das ist ja von den Handelsministern quasi delegiert worden – wurde sehr deutlich gemacht, dass es eben Dinge gibt, die für uns nicht verhandelbar sind. Sie haben natürlich eine andere Filmfinanzierung in den USA und wir haben beispielsweise eine staatliche Filmförderung in Deutschland. Ich finde, wenn ich mir manche deutschen Filme ansehe, dass wir – im Gegensatz zu dem, was so vor zehn, fünfzehn Jahren auf dem Markt war – da richtig gut geworden sind. Das ist auch dadurch möglich, dass man junge Regisseure und Künstler mit staatlichem Geld unterstützt. Ich glaube schon, dass wir das für uns behalten wollen. Das sind so Dinge, zu denen man deutlich sagen muss: Okay, das ist unsere Besonderheit in Europa, die wollen wir bewahren.

Stefan Weber: Da würde ich jetzt, lieber Herr Jurk, gern dagegenhalten. Das kann ich, glaube ich, als »Obersubventionierer« des Freistaates Sachsen. Eine subventionsgetriebene Wirtschaft kann nicht das

Ziel sein, und Standards, die nur über staatliche »Knete« gehalten werden, die sind nicht stabil und nicht nachhaltig. Vor allem sind sie nicht bezahlbar. Ich will jetzt einmal eine Lanze für so etwas Ähnliches wie eine freie Marktwirtschaft brechen, der ich wohlgermerkt nicht uneingeschränkt anhängen. Vielleicht sollte man sich einmal darüber Gedanken machen, wie hoch unsere Freiheitsgrade wirklich sind. Wir unterliegen nämlich einer Illusion, dass wir hier frei entscheiden könnten, wie sich die Welt bewegt.

Wenn wir uns nicht einbringen in die Standardsetzungen der Weltwirtschaft, dann werden wir die Verlierer sein. Wir haben – das ist eine bittere Erkenntnis – einfach nicht die Freiheitsgrade, zu sagen, wir werden das jetzt nach unserem Gusto richten. Das wird schiefgehen. Wenn die USA und die asiatischen Märkte die Standards setzen und faktisch über Economies of Scale die Preise vorgeben, dann bekommen wir Probleme.



Wenn ich mir sicher wäre, dass in Deutschland nicht preissensitiv gekauft wird, sondern ausschließlich qualitätsorientiert, dann würde ich anders argumentieren. Ich bin mir aber sicher, dass es nicht so ist. Wir sind das preissensitivste Volk überhaupt in Europa, wir schauen nur auf Preise. Wir werden daher die Verlierer sein, weil andere die Preise bieten können – durch Economies of Scale oder durch andere Standards, die sie dahinter haben. Und wir werden nicht verhindern können, dass sie dann nach Deutschland hereinkommen. Ein Exportland wird niemals Importe verhindern können, weil sonst seine Exporte geblockt werden.

Das heißt, wir sitzen, so bitter das klingt, auf dem kleineren Wagen und haben die schwächeren Arme. Wenn ich angewiesen bin, Mitglied einer globalen Ökonomie zu sein – wir fördern seit 25 Jahren, um auch der sächsischen Wirtschaft einen solchen Beitritt zu ermöglichen, denn ein Großteil der

Industrie hier ist direkt oder indirekt exportorientiert, und wir wollen den Exportanteil erhöhen –, dann bin ich immer darauf angewiesen, dass ein anderer mich hereinlässt. Unser Export ist der Import unseres Handelspartners. Von daher denke ich, wir sollten uns ab und zu Gedanken machen, wie groß unser Entscheidungsfreiheitsgrad eigentlich ist. Ich fürchte, wir sind allmählich einer Illusion erlegen, dass wir das bestimmen können.

Es wird nicht so sein, dass, wenn wir TTIP platzen lassen, wir einfach diese Freiheitsgrade für uns in Anspruch nehmen können. Ich glaube übrigens persönlich nicht mehr an TTIP, weil ich denke, dass es die Akzeptanz nicht hat. Ich bin aber trotzdem ein Verfechter dieses TTIP und wäre auch bereit, dafür Risiken zu nehmen, aber ich entscheide es ja nicht. Noch einmal: Ein Exportland ist auf Dauer immer abhängiger, weil es die Importgenehmigungen der anderen braucht. Export ist eine Scheingröße,

aber sehr angenehm, was den Wohlstand betrifft.

Christoph Ulrich: Herr Jurk, Sie wollen dazu etwas sagen?

Thomas Jurk: Einiges von dem, was Herr Weber gesagt hat, stimmt. Ich kann mich noch als Wirtschaftsminister gut an die Diskussion erinnern, ob AMD sein nächstes Werk in Dresden baut oder ob nicht der Staat New York soundso viel Milliarden in die Hand nimmt, um das zu subventionieren, damit AMD dort baut. Soweit zur Subvention. Die Amerikaner kennen aus strategischen Gründen kein EU-Beihilferecht. Wir beschränken uns ja auch was den staatlichen Einfluss auf Subventionen betrifft. Da muss ich jetzt wirklich einmal dagegenhalten.

Stefan Weber: Das reglementiert die Amerikaner in dem Bereich massiv. TTIP schafft mehr Waffengleichheit hinsichtlich staatlicher Interventionen als es bisher der Fall ist.



Thomas Jurk: Das sehe ich jetzt nicht so, aber es ist okay, dann haben Sie andere Informationen. Mir bereitet übrigens in dem Zusammenhang die Diskussion, die die EU gerade über die Anerkennung des Status der Marktwirtschaft in China führt, viel größere Sorgen. Wir wissen alle, dass in China im klassischen Sinne keine Marktwirtschaft vorhanden ist. Das wird noch ein spannendes Thema, macht aber auch deutlich, dass wir auf der Welt nicht allein sind, sondern hier wirklich knallharte Entscheidungen zu treffen haben. Wenn Sie denken, ich bin als ehemaliger Wirtschaftsminister derjenige, der TTIP ablehnt, dann muss ich Sie enttäuschen. Ganz im Gegenteil, ich glaube, dass damit erhebliche Chancen verbunden sind. Nur finde ich, dass die Debatte schwierig ist und dass man gute Argumente haben muss.

Es ist ja immer die Frage der Praxisbeispiele. Wir sprechen häufig etwas kryptisch über bestimmte regulatorische Vorschriften. Wenn es darum geht, ein

klassisches Beispiel zu bringen, dann ist das oft die Frage, welche Blinker in Europa und in den USA zugelassen werden. Da blinkt man in Amerika rot – für die SPD ist das sehr schön –, in Europa wird orange geblinkt. Jeder kann, glaube ich, unterscheiden, wohin jemand abbiegt – ob nach links oder nach rechts, am besten bleibt man in der Mitte, aber das ist egal. Der Punkt für mich ist einfach, dass man da durchaus Dinge hat, die einfach sind und einfach zu klären sind.

In kleinen und mittelständischen Unternehmen höre ich häufig die Frage, ob man nicht damit bedroht wird, ob es nicht die multinationalen Konzerne sind, die dabei gewinnen. Das ist genau der Punkt, den Sie erwähnt haben. Mir fällt auf, dass es sehr komplizierte Zulassungs-, Zertifizierungs- und Genehmigungsverfahren der jeweiligen Seiten gibt, auch in den USA. Gerade unsere Klein- und Mittelständler würden sehr davon profitieren, wenn sie sich diesen

Aufwand sparen könnten. Ich meine, das ist wirklich ein großer Vorteil.

Prof. James D. Bindenagel: Ich würde gern noch einige Punkte ansprechen. Als erstes möchte ich auf die Chlorhühnchen zurückkommen. Die Chlorbehandlung ist ein Weg, die Hygiene zu erhöhen, so wie es in Europa auch mit Salat geschieht. Das dient der Gesundheit. Es stellt sich etwa die Frage, ob die Behandlung von Puten mit Antibiotika besser ist? Die Antwort weiß ich nicht, ich möchte aber betonen, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen und nicht mit Angst herangehen dürfen.

Ich würde gern auf die Ausführungen von Herrn Kreickemeier eingehen: Natürlich hat jedes Abkommen Gewinner und Verlierer. Diese Fragen muss die Wissenschaft untersuchen. Ich habe in meiner Rede erwähnt, dass es globale tektonische Veränderungen gibt. Das heißt, wir leben in einer globalisierten Welt, die sich kontinuierlich weiterent-



wickelt. Wir leben in einer digitalen Welt mit einer Share Economy. In dieser ändert sich vieles, besonders für den Arbeitsmarkt. Das muss man auch künftig in der Wissenschaft unterscheiden. Wie entstehen die sogenannten Verlierer? Entstehen sie durch Handels- und Investitionsabkommen oder ist es die Digitalisierung, die Globalisierung oder schlicht der technisch-technologische Fortschritt, bei dem einige nicht mitkommen. Es ist in meinen Augen sehr wichtig, das zu unterscheiden, um es zu verstehen. Nicht alle Umbrüche resultieren aus dem Freihandel. Er ist kein Sündenbock. Das muss auch in der Wissenschaft stärker differenziert werden. Hier sind mehr Studien erforderlich, nicht zuletzt, um die Welt auch zu informieren.

Prof. Dr. Udo Kreickemeier: Ich denke, dass bei den empirisch arbeitenden Kollegen das Auseinanderhalten von Dingen, die zufällig gleichzeitig stattfinden, und von Dingen, bei denen das eine das andere tatsächlich kausal hervorruft,

dass das etwas ist, wo sehr viel wissenschaftlicher Fortschritt stattgefunden hat. Das Problem ist, dass man immer eine große Veränderung braucht. Die Veränderung, die zum Beispiel für Deutschland oder die Vereinigten Staaten sehr gut untersucht ist, ist das Wachstum von China und die Integration Chinas in die Weltwirtschaft. Da gibt es zum Beispiel eine Studie für Deutschland, die besagt, dass Deutschland netto gewonnen hat. Aber es gibt sehr viele Leute, die aufgrund dieser höheren Handelsverflechtung mit China ihren Arbeitsplatz in bestimmten Regionen verloren haben. Diese Betroffenen haben teilweise lange gebraucht, alternative Beschäftigung zu finden. Ich denke, man hilft – das ist auch meine Reaktion auf Herrn Weber – dem Argument »Wir wollen mehr Freihandel, mehr ökonomische Integration« nicht, indem man behauptet, es gebe keine Probleme. Man kann die Volkswirtschaftslehre nicht ins Feld führen, um zu behaupten, »Freihandel hilft allen«. Das ist einfach nicht redlich.

Herrn Webers Argument, wir als exportorientierte Wirtschaft seien auf dieses TTIP-Abkommen angewiesen, würde ich durchaus entgegenen, dass die Alternative ja nicht lautet, dass wir uns abschotten. Wir exportieren ja heute schon in die Vereinigten Staaten in ganz erheblichem Maße. Wir exportieren in einer Welt, in der wir TTIP noch nicht haben. Mein Plädoyer aus der letzten Beitragsrunde möchte ich daher auch so interpretiert wissen, ob man, wenn es sich denn herausstellt, dass es drei, vier neuralgische Punkte gibt, an denen das ganze Abkommen zu scheitern droht, nicht über eine etwas kleinere Lösung nachdenkt. Über eine Lösung, bei der man die Bürokratie abschafft, die Zölle auf null senkt. Und dass wir uns von den Dingen, bei denen es offensichtlich starke kulturelle Unterschiede gibt, die einer Harmonisierung oder gegenseitigen Anerkennung entgegenstehen, dieses Abkommen als Ganzes nicht kaputt machen lassen.



Was ich gesagt habe, das würde ich überhaupt nicht als Globalisierungskopsis interpretiert sehen wollen. Ich denke nur, ein etwas stärkerer Blick auf diejenigen, die von einem solchen Abkommen vielleicht negativ betroffen sein könnten, würde uns helfen. Denn diese negativen Auswirkungen könnte man natürlich politisch kompensieren, wenn man sie denn identifizieren kann.

Prof. James D. Bindenagel: Nur kurz zur Globalisierung. Sie hatten auch den Aufstieg von China erwähnt. Die Frage ist nicht nur, ob ein Handelsabkommen oder ein Handels- und Investitionsabkommen Gewinner oder Verlierer produziert. Die Frage ist auch, ob man mit dem Handelsabkommen die Globalisierung mit Steuern kann, ob man die erwähnten tektonischen Veränderungen damit beherrschen kann oder nicht.

Christoph Ulrich: Könnten denn die Amerikaner mit so einem »TTIP light«, wie er das jetzt vorgeschlagen hat, leben?

Prof. James D. Bindenagel: Insgesamt nein. Die Frage ist: Was ist denn »light«, was heißt »light«? Wenn es um die Buchpreisbindung geht, dann kann man das natürlich außen vor lassen. Die Frage ist vielmehr, was unbedingt drin sein muss. Da muss man auch den Unterhändlern sagen, was genau wichtig ist. Aber ein »TTIP light«, nein, ich glaube eher nicht.

Thomas Jurk: Ich denke auch, dass das nicht durchsetzbar sein wird. Wir haben ja über die Zölle gesprochen. Es gibt bei der Hälfte des Warenaustauschs überhaupt keine Zölle mehr. Sie haben die Ausreißer genannt. Ich hatte als Zahl bei den Milchprodukten 140 Prozent, Sie haben 139 Prozent gesagt. Wie auch immer, es macht doch deutlich, dass man sich bei bestimmten Produkten abschottet. Das ist völlig klar. Ich bekomme dort keine Harmonisierung hin, wenn ich nicht zulasse, dass Agrarprodukte oder Milchprodukte aus Amerika auch bei uns verkauft werden können. Dann fällt das ja weg.

Und wie ich von den Verhandlungen höre, wird auch bei den Zöllen heftig diskutiert. Eigentlich sind die ja das geringste Übel. Wir haben im Durchschnitt – glaube ich – eine Belastung von zwei Prozent über alles gerechnet. Wie gesagt, da gibt es in meinen Berechnungen gar keine Zölle. Das ist nicht das spannende Thema. Spannend wird es dann, wenn natürlich die Verknüpfung hergestellt wird zu den einzelnen Warenbereichen, wenn es konkret wird.

Prof. James D. Bindenagel: Deswegen habe ich die Milchproduktion oder den Wein erwähnt. Ohne die Landwirtschaft wird es dieses Abkommen nicht geben.

Stefan Weber: Natürlich ist das keine Win-Win-Situation. Die gibt es mit und ohne TTIP nicht. Das ist ein Teil der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsökonomie: technologischer Fortschritt, neue Produktionsweisen, andere Wettbewerber kommen herein. Es ist völlig unbenommen, dass es da Verlierer gibt. Das kann



aber niemals Teil eines Handelsabkommens sein. Sie können Investorenschutz machen, Sie können aber nicht Arbeitsplatzschutz beschließen. Das ist ausgeschlossen. Damit muss man leben.

Es gibt eine Erwartungshaltung, dass bei intensiviertem Handel im Prinzip der, der wettbewerbsfähig ist, tendenziell eher ein Gewinner als ein Verlierer ist. – Ich habe immer geglaubt und glaube das heute noch, dass die deutsche Wirtschaft zu den wettbewerbsfähigsten Ökonomien der Welt gehört. Ich habe auch noch nie etwas anderes gesehen, wenn ich irgendwo war. – Das ist eine Prämisse. Wenn man sagt, die teile ich nicht, wird die Diskussion natürlich schwierig. Sie haben Recht, Sie sind da sicherlich viel näher dran als ein kleiner Jurist. Ich behaupte das jetzt trotzdem einmal als eine Art Grundannahme.

Ein »TTIP light« wäre mir lieber als gar keines, allerdings habe ich damit dieselben Probleme wie Herr Bindenagel: Ich

weiß nicht, was »light« ist. Irgendwann hat es nämlich auch keinen Sinn mehr, also wenn es nur noch um DIN und ein paar technische Standards geht. Das ist zwar besser als gar nichts, aber ich fürchte, es läuft dann insgesamt nicht. Das Thema Landwirtschaft kann man nicht ausklammern. Es ist übrigens auch kein sehr gutes Beispiel. Auch die europäische Agrarpolitik ist nicht die erfolgreichste aller Zeiten. Wenn ich den staatlichen Input sehe, der da auf beiden Seiten betrieben wird, dann würde TTIP vielleicht sogar helfen.

Wenn Sie mich fragen, dann ist dieses TTIP nicht der letzte Vertragsstand für die nächsten 100 Jahre, sondern allenfalls ein Einstieg. Ich glaube, für beide Wirtschaften wäre es von Vorteil, wenn sie weiter im Gespräch bleiben. Das Problem ist, wenn es hier nichts gibt und stattdessen die anderen etwas machen, also Kanada, die USA und der asiatische Raum, dann geraten wir ins Hintertreffen. Schließlich sind das alles große

Importnationen, bezogen auf unsere Produkte.

Und noch was zum Thema Chlorhühnchen: Ich habe in meiner Jugend – das wird man heute nicht mehr sehen – mal Schwimmer trainiert. Ich bin mir sicher, dass ich in meinem Leben in den städtischen Schwimmbädern eine stärkere Chlordusche bekommen habe als jedes Hühnchen, das in den USA durch das Wasser gezogen wird. Ich habe es irgendwie überlebt.

Thomas Jurk: Salmonellen sind auch nicht ungefährlich!

Christoph Ulrich: Meine Damen und Herren! Sie sind ja hier, weil Sie direkt oder indirekt von TTIP betroffen sind. Ich möchte deshalb die Runde erweitern. Wer hier mit uns diskutieren will oder eine Frage stellen will, der kann das gerne tun.



**Dr. Hans Geisler,
Staatsminister a.D. (Fragesteller):**

Ich bin traurig darüber, dass zwei Dinge, von denen anfangs deutlich gesagt worden ist, dass sie strittig sind, hier nicht stärker diskutiert werden. Das sind die privaten Schiedsgerichte und das ist das Vorsorgeprinzip. Ich weiß, dass Vorsorge in Deutschland ein hohes Gut ist. Und ich weiß, dass die staatlichen Rechtsordnungen seit dem Römischen Recht ein hohes Prinzip sind. Zwei alte Beispiele, weil Herr Weber das Chlor im Schwimmbaden erwähnt hat. Die Normen, die damals gesetzt waren, als Sie das Chlor geschluckt haben, die sind heute eben verboten. Zum zweiten, was ein ganz alter Hut ist und überhaupt keine Rolle mehr spielt: DDT. Wir wissen heute alle, dass es nicht verantwortlich ist. Trotzdem hätte das vor 50 Jahren niemand aus dem Handel gezogen, weil es damals das einzige Mittel gegen Malaria war. Aber das kann nicht ein Grund sein, dass wir heute auf Vorsorgeforschung verzichten, weil es nur an einer bestimmten

Stelle eine Krankheit oder andere Schäden auslöst. Dass die Vorsorge ganz wichtig ist, zeigt für mich gerade DDT: Heute wird es niemand mehr einsetzen wollen. So müssen wir auch in der Zukunft bestimmte Dinge schon abklären, vorsorglich, bevor etwas passiert.

Stefan Weber: Das will ich nicht bestreiten. Es ist ja auch nicht so, dass TTIP das Vorsorgeprinzip in Europa abschafft. Selbstverständlich – daran möchte ich appellieren – hat das auch etwas mit Vertrauen zu tun. Es wird die Möglichkeit für die europäische Wirtschaft geben, in der Werbung darauf hinzuweisen, dass ihre klinisch getesteten Produkte besser sind. Und im Zweifel wird man dafür sogar ein bisschen mehr Geld bekommen. Wenn wir die Wahlfreiheit des Verbrauchers nicht mehr akzeptieren und sagen, der ist so blöd, dass man ihm sagen muss, du kannst alles kaufen, es ist alles unbedenklich, was übrigens heute auch in Europa nicht der Fall ist, dann betrübt mich das. Von daher will

ich ein bisschen daran appellieren, dass das der Verbraucher entscheiden kann. Die Werbung kann sagen, hier handelt es sich um ein amerikanisches Produkt, lasst die Finger weg. Ich übertreibe jetzt einmal.

Diese vergleichende Werbung wird es geben. Ich habe die übrigens in den USA immer mit den deutschen Autos gesehen. Das ist ja der Grund, warum es VW jetzt so dreckig geht. Die haben immer in der Werbung geschrieben: Das deutsche Auto ist super und technisch einwandfrei, glaubt den Ingenieuren. Das ist jetzt schiefgegangen. Aber es ist ein gutes Beispiel. Diese Werbung kann man machen, sie wird laufen. Das ist nicht die ideale Welt, ich kann mir aber auch nicht vorstellen, dass durch das hundertprozentige Vorsorgeprinzip die ideale Welt herstellbar ist. Aber noch einmal: Es wird nicht verboten, Vorsorge zu betreiben.

Das Rechtssystem, die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist schon eher eine deutsche



Spezialität, die finden wir nicht einmal in England und auch nicht in Frankreich. Trotzdem sind das Rechtsstaaten. Die waren auch schon sehr früh Rechtsstaaten. Ich habe das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit auch im Vereinigten Königreich. Die kenne ich ja etwas, die Stadt Leipzig macht gerade ihre Erfahrungen damit, bisher keine schlechten. Ich habe ein bisschen Jura in den USA studiert, so schlecht ist es da nicht. Ganz viele Entscheidungen, auch was den Verbraucherschutz betrifft, kommen ursprünglich aus den USA, sind erst hierher geschwappt: die Frage des Schmerzensgeldes, des Schadenersatzes – manchmal abstrus mit 150 Millionen, aber unsere 1.000 Euro für einen Finger sind auch kein wirklicher Richtwert.

Es gibt da ja Bewegung. Ich bin immer für eine Art von Dialog. Wir reden nicht über eine Bananenrepublik, wir reden nicht über eine Diktatur, jedenfalls bis zur nächsten Wahl nicht, und wir reden auch nicht über andere Verrückte. Bis-

her jedenfalls ist meine Referenz Erfahrung mit den Vereinigten Staaten von Amerika, dass es sich um ein zutiefst zivilisiertes Staatswesen handelt.

Prof. James D. Bindenagel: Ich wollte zum Vorsorgeprinzip etwas sagen. Es ist offensichtlich, dass ich nicht verstanden wurde. Ich habe gesagt, dass es Differenzen gibt: In Deutschland gilt, erst prüfen, dann lassen; in den Vereinigten Staaten gilt, erst lassen und dann prüfen. Beide führen zu sehr ähnlichen Ergebnissen. Der Schlüssel liegt in der Kultur des Umgehens mit diesen Prinzipien. Auch in den USA wird DDT nicht mehr genutzt. Da haben wir gelernt. Wir haben es benutzt, dann haben wir gesagt: Aufhören! Ähnlich gelagert ist es mit der Gentechnik. Die Frage ist hier, soll man es ausprobieren, soll man die Nutzung modifizieren oder sollte man es gar nicht probieren? Das ist eine kulturelle Frage, das ist keine wissenschaftliche Frage. Ob man es in der Gesetzgebung erlaubt oder nicht, das

ist das Ergebnis dieser kulturellen Unterschiede. Aber wir müssen es diskutieren. Wir sind keine Unterhändler. Wir können offen sprechen und auch Differenzen benennen, um das alles besser zu verstehen.

Christoph Ulrich: Ich habe eine weitere Wortmeldung.

Dr. Matthias Grünberg, Vizepräsident des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts (Fragesteller): Die Diskussion über die Frage Vorsorgeprinzip einerseits und das amerikanische Prinzip des Schadenersatzes, der Haftung andererseits, geht für mich – ich bin übrigens auch Jurist – völlig am Problem vorbei. Für mich stellt sich nicht die Frage, was da besser ist. Beide Systeme sind in sich konsequent und effektiv. Sondern es geht für mich um das Problem der Kompatibilität. Einfach gesagt: Ein deutsches Unternehmen produziert unter Anwendung des Vorsorgeprinzips. Also muss es erhebliche Voraufwendun-



gen machen, damit überhaupt das Produkt verkauft werden kann, dann auch in Amerika. In Amerika wird dieses Vorsorgeprinzip regelmäßig nicht angewandt, also wird der Amerikaner in Deutschland verkaufen können, ohne diese Aufwendungen gehabt zu haben, also mit Preisvorteil.

Wenn ich aber jetzt als Geschädigter in Deutschland einen Anspruch gegen das amerikanische Unternehmen durchsetzen will, wie ist dann überhaupt gewährleistet, dass ich diesen Schadensersatzanspruch in Amerika in Anspruch nehmen kann? Wie ist es rechtlich gewährleistet? Wie ist es praktisch gewährleistet? Denn das ist ein erhebliches technisches Problem. Wer einmal in Italien einen Autounfall gehabt hat, der weiß, wie es ist, dort einen Prozess zu führen. Das ist für mich ein viel größeres Problem als die Frage, was besser ist. Beides ist gut, beides ist konsequent.

Ich möchte noch eine kleine Ergänzung machen: In Frankreich gibt es Verwaltungsgerichte. Ich war 1992 beim Verwaltungsgericht in Metz. In Polen gibt es Verwaltungsgerichte. In England gibt es kein Verwaltungsgericht, keine Verwaltungsrichter, aber wir wissen alle nicht, wie lange England noch in der EU sein wird. Danke.

Stefan Weber: Die USA sind nicht in der EU. Da gibt es heute schon keine Verwaltungsgerichte.

Thomas Jurk: Vor so einer Veranstaltung wird man ja immer gebrieft. Ich bekomme dann immer sehr viel Papier in die Hand, und meine Mitarbeiterin hat mir genau das aufgeschrieben: Wie kriege ich die beiden Systeme übereinander? Was Sie als Kompatibilität bezeichnet haben, ist wirklich richtig schwierig. Ich kann es mir auch nicht bis zum Ende hin vorstellen.

Prof. James D. Bindenagel: Wir sehen das in anderen Bereichen, in denen eine

europäisch-amerikanische Kooperation besteht. Es braucht Vertrauen, Verständnis und eine gemeinsame Gesetzgebung. Das alles benötigt viel Zeit.

Stefan Weber: Die USA exportieren doch heute schon Waren nach Deutschland. Sie können heute schon in Deutschland US-amerikanische Waren erwerben, die dort hergestellt sind – ohne Vorsorgeprinzip. Die Einfuhrzölle sind nicht so hoch, dass sie den möglichen Schadensersatz abdecken. Also noch einmal: Die Konstellation ist heute schon da, weil Sie hier in der Bundesrepublik US-amerikanische Waren kaufen können, made in USA.

Christoph Ulrich: Ich wollte noch einmal zum Thema Schiedsgerichte zurückkommen. Herr Jurk, die europäische Verhandlungsposition ist ja deswegen so schwierig, weil es auch innerhalb Europas noch Investorenschutzabkommen gibt, auch mit Schiedsgerichten. Ist das nicht so? Das heißt, man hat da



wenig Argumente gegen die Amerikaner in der Hand – wenn man das ablehnt.

Thomas Jurk: Das ist wirklich eine spannende Frage. Da bin ich ganz ehrlich, ich weiß vieles, aber dazu kann ich jetzt keine konkrete Antwort geben. Bei dem Beitritt der neuen EU-Mitgliedstaaten denke ich, dass die Akzeptanz besteht, dass man vor öffentlichen Gerichten klagt. Da wäre ich jetzt sehr vorsichtig. Ich weiß das nicht.

Stefan Weber: Zu privaten Schiedsgerichten muss ich klar sagen: Ich bin ein Gegner von privaten Schiedsgerichten. Es sollte kein falscher Eindruck entstanden sein. Was man mit den Kanadiern durchsetzen konnte, kann man hier auch durchsetzen. Ich muss ja meinen Berufsstand verteidigen. Der hat schließlich auch eigene Interessen. Aber noch einmal: Ein Handelsabkommen war international über Jahrhunderte hinweg kein »Wünsch dir was«. Sie setzen sich da nie vollends durch. Da wäre ich auch

relativ stur. Es war falsch, das relativ spät überhaupt erst in die Debatte einzuwerfen. Aber was mit den Kanadiern möglich ist, was die anderen schon einmal zugestanden bekommen haben, so eine Art Best-Practice-Lösung, das müsste auch mit den USA möglich sein. Schiedsgerichte sind etwas, was mir wahrscheinlich berufsmäßig zuwider ist. Dem misstrauere ich. Ob das wirklich berechtigt ist, kann ich nicht beurteilen. Ich habe keine empirischen Untersuchungen, wie viel Fehlurteile private Schiedsgerichte machen.

In Deutschland ist man dabei, den Mediator einzuführen, und der Vergleich – das habe ich schon während meines Jurastudiums im Referendariat festgestellt – war das höchste der Gefühle. Das ist jetzt auch nicht gerade die klassische Rechtsprechungsschiene. Mir wäre eine ordentliche Gerichtsbarkeit, sozusagen mit Berufsrichtern, schon lieber. Man würde die kennen, vielleicht gäbe es sogar eine zweite Instanz.

Da teile ich die Bedenken. Aber ich habe das nie als das Existenzielle gesehen, weil das, was den Kanadiern zugestanden wurde, kann man immer erwarten. Das ist eine Frage der Verhandlungsklverniss.

Thomas Jurk: Ich will noch auf etwas hinweisen, was mir wichtig ist. Die Rolle des Europäischen Parlaments ist in der Vergangenheit gestärkt worden. Ich merke in Brüssel, dass die Abgeordneten wesentlich selbstbewusster geworden sind. Wir hatten ja schon einmal ein Abkommen, ACTA genannt, das am Ende im Europäischen Parlament gescheitert ist. Ich will sehr deutlich sagen, dass das Europäische Parlament sehr selbstbewusst ist. Es hat eine Positionierung vorgenommen am 8. Juli letzten Jahres und hat sich sehr deutlich für die unabhängige öffentliche Gerichtsbarkeit eingesetzt. Das heißt eben auch, dass der EU-Kommission und deren Verhandlern deutlich gemacht wurde, bis hierhin und nicht weiter.



Damit ist eine Hürde gesetzt, die jetzt, glaube ich, nicht mehr unterschritten werden kann.

Christoph Ulrich: Herr Professor Bindenagel, haben sich die Amerikaner das so schwierig vorgestellt?

Prof. James D. Bindenagel: Mit den Schiedsgerichten: nein. Das nicht.

Christoph Ulrich: Gibt es weitere Fragen aus dem Publikum?

Manfred Uhlemann, Hauptgeschäftsführer des Sächsischen Landesbauernverbands (Fragesteller): Ich bin kein Jurist. Ich möchte mal wieder in den Bereich der Wirtschaft zurückkommen. Die Landwirtschaft ist hier schon angesprochen worden. Nun sind aber die Bedingungen der Landbewirtschaftung, aber auch der Tierhaltung zwischen den USA und Europa deutlich unterschiedlich. Dazu möchte ich Ihnen zwei kurze Beispiele geben. Bei der

Milchviehhaltung in den USA ist es möglich, dass die Gülle in eine große Lagune geht. In Deutschland wird ein Güllebehälter gefordert, der muss doppelwandig sein, der muss eine Leckageerkennung haben. Das kostet natürlich alles Geld.

Und ein zweites Beispiel zur Gentechnik: Wir als Landwirte verteufeln die Gentechnik nicht, aber wir brauchen auch hier Wettbewerbsgleichheit. Es kann nicht sein, dass in den USA mit Hilfe der Wissenschaft über Gentechnik Fortschritte erzielt werden. Am Ende sind es finanzielle Fortschritte, ökonomische Fortschritte, die sich dort beim Unternehmer auswirken. In Deutschland und in Europa hingegen versagt uns das die Politik. Da entsteht dem Landwirt ein Wettbewerbsnachteil, den die Politik verursacht hat. Nun frage ich: Wie wird das bei TTIP geregelt? Es kann doch nicht sein, dass einzelne Branchen durch Wettbewerbsnachteile vom Markt gedrängt werden.

Stefan Weber: Die Politik verhindert das ja deshalb, weil es – so ist jedenfalls mein Eindruck – keine Akzeptanz in der europäischen Bevölkerung hat. Es ist eines der klassischen Mehrheitsthemen. Wenn Sie die Menschen fragen, ob sie Genfood essen wollen, dann sind sie dagegen.

Fragesteller: Wenn Sie es im Geschäft anbieten, dann fragt keiner. 80 Prozent würden es kaufen.

Stefan Weber: Sehen Sie, das ist das Problem. Das werden Sie vermutlich aber nicht wegbekommen. Ansonsten haben Sie ein klassisches Handelsdilemma beschrieben. Standards, die es in einem Produktionsland gibt, die sind woanders gar kein Thema. Sie können in Kanada Fracking betreiben, wenn Ihnen ein Drittel der Landschaft wurscht ist. Wenn man es rekultivieren muss, dann geht es halt nicht. In Deutschland kann man einfach nicht derart Flächen verschwenden. Das werden wir aber mit oder ohne TTIP nicht regeln.



Das Fracking hat den USA und Kanada einen Wettbewerbsvorteil gebracht, dass es fast die OPEC in die Knie gezwungen hat. Jetzt sind sie gerade alle pleite, weil die OPEC ihre Preise abgesenkt hat. Solche Dinge können Sie nicht mit Handelsverträgen lösen. Das nennt man globale Marktwirtschaft. Die ist bitter, und manchmal findet man sie total bescheuert. Da haben Sie gute Beispiele geliefert. Das können Sie aber nicht mit einem Handelsabkommen lösen, da scheitern Sie.

Übrigens kann jeder US-Beef in jedem besseren Spezialitätengeschäft in Hamburg und München kaufen. Die Leute kaufen es auch – für viel Geld.

Prof. James D. Bindenagel: Das meine ich auch mit der Frage nach den Ursachen. Sind der Handelskampf und die Politik das Problem oder ist es die Globalisierung, die Digitalisierung oder die technisch-technologische Entwicklung? Das muss man unterscheiden, um auch

bei den Verhandlungen voranzukommen. Einige Sachen, das haben wir eben gesehen, können wir mit Handelsabkommen nicht beherrschen.

Christoph Ulrich: Ich sehe eine weitere Wortmeldung.

Dr. Christoph Hollenders, Notar und Honorarkonsul der Republik Korea (Fragesteller): Ich bin auch nur ein kleiner Jurist, aber gleichzeitig Honorarkonsul für die Republik Korea, und will nur den Hinweis geben, dass wir Gefahr laufen, uns da in eine Blockadesituation hineinzuvergeben, bei der die Entscheidung dann auf anderen Märkten fällt. Das gilt zumal, wenn wir uns klarmachen, was mit dem asiatischen Raum passiert, welches Wirtschaftswachstum da im Augenblick stattfindet und wie das Handelsabkommen mit Südkorea gelaufen ist, welche Türen sich da geöffnet haben. Stattdessen »verkämpfen« wir uns mit einem traditionell guten Partner und blockieren uns gegenseitig. Das heißt, wir müssen uns

dann im Klaren sein, dass wir uns im globalen Zusammenhang enorm schädigen. Das ist die eine Bemerkung.

Die zweite Bemerkung: Ich möchte jetzt nicht von dem Kernthema TTIP ablenken, aber mich beunruhigt schon, dass bestimmte Wertsetzungen nicht mehr in der Bevölkerung geteilt werden. Dazu gehört das Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft. Herr Weber hat hier einige Dinge gesagt, die so langsam vom Bewusstsein her in die Ecke gedrängt werden. Da ist das allgemeine Misstrauen gegenüber Amerika. Wir haben in Deutschland eine Unwucht, was die Haltung zu Amerika angeht. Ich komme aus dem Westen, bin seit 1992 hier in Dresden. Ich erkenne eine fatale Zuneigung zu Russland, wo man meint, bestimmte Probleme lösen zu können, wohlweisend, dass da nicht das Heil zu suchen ist. Das ist übrigens auch ein Teil einer Bewegung, die in Deutschland im Augenblick stattfindet. Da meine ich, müssen wir uns etwas einfallen lassen.



Ich glaube, die TTIP-Diskussion verweist auf ein viel grundsätzlicheres Problem, das auch teilweise von den Amerikanern mit verursacht worden ist, von deren Rolle im Nahen Osten etwa, woher unser Flüchtlingsproblem kommt. Das wird natürlich jetzt neu beleuchtet, aber auch historisch beleuchtet – Stichwort Mohammad Mossadegh und die Rolle des CIA im Zusammenhang mit dem ersten demokratisch gewählten Präsidenten im Iran. Das alles ist eine Hypothek für die Diskussion, zumal die Amerikaner jetzt vielleicht zu einer neuen Isolation neigen. Das wäre für uns in Europa fatal und erst recht vor dem Hintergrund der Leistungen, auch des Wettbewerbs, den wir aus Asien zu erwarten haben.

Christoph Ulrich: Danke. Wollen Sie etwas dazu sagen?

Prof. James D. Bindenagel: Das ist ein sehr wichtiges Thema. Es ist an der Universität Bonn eine meiner Hauptaufgaben, internationale Sicherheit im

21. Jahrhundert zu lehren. Was Sie da angesprochen haben, das berührt im Grundsatz die Veränderungen, die man gegenwärtig hier in Deutschland, in Europa und auch in den Vereinigten Staaten sieht. Man kann die Ursachen nicht nur im Sturz von Mossadegh 1953 sehen, man könnte auch das Ende des Ersten Weltkrieges, die Diktatoren in Nahost oder die Entwicklungen der jüngsten Zeit anführen.

Ich möchte mich auf die Entwicklung nach dem Ende des Kalten Krieges beschränken. Mit der Einheit Deutschlands und Europas 1990 haben wir, das heißt die Amerikaner mit den Europäern, nicht nur mit den Westeuropäern eine Vision von einem neuen Europa gehegt. Wir haben geglaubt, dass die Werte, von denen Sie gesprochen haben, unsere Werte sind und sie auch von den Russen, mindestens von Michail Gorbatschow und teilweise von Boris Jelzin, geteilt werden. Wir haben gesagt, die Erweiterung heißt auch Frieden und Wohlfahrt.

Zehn Jahre später, 1999, haben wir ähnliches in den Sicherheitsfragen mit den neuen Mitgliedern der NATO gehabt. Wir haben in der NATO, auch mit dem NATO-Russland-Rat, Möglichkeiten dafür geschaffen, dass die Russen mit uns zusammen vorangehen. 2008 haben Präsident George W. Bush und andere versucht, die Ukraine und Georgien in die NATO aufzunehmen. Das ist von den Europäern abgelehnt worden, besonders von Angela Merkel. Damals haben wir nicht begriffen, dass hier auch unsere Werte auf dem Prüfstand standen.

Was ich versuche zu sagen: TTIP steht teilweise stellvertretend für diese anderen Debatten. Es ist stellvertretend, weil es auch hier um unsere Werte geht. Und nicht nur um marktwirtschaftliche Werte, sondern vor allem um Werte, wie sie in der Charta von Paris, wie sie im Helsinki-Prozess oder in den friedlichen Revolutionen eine Rolle gespielt haben. Und plötzlich hat Wladimir Putin 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz



gesagt, dass Russland diese Vision von Europa ablehnt. 2008 folgte dann der Krieg in Georgien. Und was haben wir gemacht? Nichts.

Wissen Sie, aus meiner Sicht hat Wladimir Putin seine Erlebnisse hier in Dresden in Erinnerung. Er hat immer wieder erzählt: Als am 7. Dezember 1989 das Stasi-Hauptquartier gestürmt wurde, da wohnte er in der gegenüberliegenden Straße. Er erlebte hier eine friedliche Revolution und kreierte daraus für sich den Mythos von einem fremdgesteuerten Regimewechsel. Das sehen wir gegenwärtig. Dann kam die Orange Revolution in der Ukraine, dann kamen 2011 die Großdemonstrationen in Moskau, dann kamen der Euromaidan in Kiew und der Arabische Frühling. Wir haben nicht gesehen, dass er das alles als eine Bedrohung durch den Westen wahrgenommen hat. Dabei sind wir gar keine Bedrohung.

Wenn wir nicht selbst zu unseren Werten stehen, dann verlieren wir in mehr als

nur in Handelsfragen. Das spielt alles gemeinsam eine Rolle. Es ist dann eben auch die Frage, ob unsere Werte auch im internationalen Handel eine Rolle spielen. Das sind unsere Werte, die müssen wir vertreten – politisch und ökonomisch.

Wir sind auch nicht gegen die WTO. Wir sind vielmehr für eine Unterstützung der WTO, auch wenn dieser Prozess momentan unterbrochen ist. Wir sind nicht gegen China. Vielmehr bieten wir eine Möglichkeit, dass auch China unsere Werte mit unterstützt. So wie wir es auch mit Russland getan haben. Es ist daher sehr wichtig zu betonen, und das kam heute Abend vielfach zum Ausdruck, dass TTIP mehr ist als nur ein Handelsabkommen oder ein Investitionsabkommen. Es ist auch die Antwort auf die Frage, ob wir zu unseren Werten stehen oder nicht.

Thomas Jurk: Das ist eine wichtige Frage, die das Klima für solche Verhandlungen bestimmt. Ich bin in der DDR groß geworden – gut, ich habe den 17. Juni 1953

und 1956 Ungarn nicht erlebt; 1968 war ich Kind und habe gesehen, was beim Prager Frühling von russischen Panzern niedergewälzt wurde. Es ist ja nicht so gewesen, dass wir den »Großen Bruder« ganz besonders lieb gehabt hätten, um es einmal vorsichtig zu formulieren. Jedoch muss ich sagen, es war eine großartige Leistung, dass sich die Siegermächte 1990 entschieden haben, Deutschland wieder in die Einheit zu entlassen. Das war, glaube ich, ein besonderer Verdienst derer, die damals regiert haben, auch in Russland. Das muss ich ehrlicherweise sagen.

Ich habe als Wirtschaftsminister fünf Jahre lang versucht, insbesondere den Handel mit Russland zu intensivieren. Ich sage das so vorsichtig, weil meine Vorgänger sich aus sicherlich guten Gründen eher auf Westeuropa konzentriert haben, auf Kanada, die USA und Japan. Aber es war natürlich klar, dass wir durch den einstigen RGW Handelsbeziehungen hatten. Ob das damals alles ökonomisch sinn-



voll war, das möge dahingestellt bleiben, aber es gab diese Kontakte. Mir war es wichtig, dass wir an der Stelle wieder vorangekommen sind, dass wir insbesondere damit, glaube ich, über den Handel eine Brücke zu den Russen geschlagen haben. Das ist für die Sachsen nicht zuletzt historisch ganz besonders wichtig. Obwohl man nicht verkennen darf, dass das russische Regime keine lupenreine Demokratie ist.

Auf der anderen Seite muss man natürlich die Frage stellen, wer nach Wladimir Putin kommt. Genau wie damals beim Irak-Krieg die Frage nicht beantwortet war, was nach Saddam Hussein kommt. Da kam dann die Konfrontation zwischen Sunniten und Schiiten, und Sie haben ja zu Recht darauf hingewiesen, dass das eigentlich die Quellen der Probleme ist, die uns momentan umtreiben. Ich finde, das sind wichtige Fragen, die deutlich machen, dass wir gerade auch auf diplomatischem Gebiet viel erreichen müssen. Allerdings – jetzt kommt

der Punkt, weshalb ich auch dafür bin, dass wir Handelsabkommen schließen – kann Handel dazu natürlich einen wesentlichen Beitrag leisten. Deshalb glaube ich aus deutscher Sicht, die Sanktionen gegenüber Russland haben uns nichts gebracht.

Innerhalb der Europäischen Union gibt es natürlich erhebliche Bedenken, die ich teilweise nachvollziehen kann. Wenn ich meine polnischen Nachbarn sehe – ich wohne drei Kilometer von der polnischen Grenze entfernt –, die übrigens mit ihrer Regierung gerade gar nicht so unzufrieden sind, wie das hier manchmal erscheinen mag. Oder wenn ich das Baltikum sehe. Da gibt es natürlich Ängste und Furcht gegenüber Russland. Aber ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Botschafter, dass Sie deutlich gemacht haben, dass sich die Russen natürlich auch bedroht fühlen. Etwa dadurch, dass jetzt bestimmte Militärmanöver durchgeführt werden. Dass die sich dann revanchieren, das steht auf einem

anderen Blatt, das ist ganz klar. Aber es verdeutlicht uns, dass wir in einer sehr konfliktreichen Zeit leben und wir auch zur Beseitigung des Konfliktes im Nahen Osten die Russen brauchen.

Prof. James D. Bindenagel: Ich möchte zu der Situation noch etwas sagen. Die Sanktionen gegen Russland haben etwas bewirkt. Sie haben uns stärker zusammengebracht. Und sie haben Putin von neuen Experimenten mit seinen »grünen Männchen« abgebracht. Aber Sie haben Recht. Wir müssen gemeinsame Interessen mit Russland finden. Das haben wir in der Vergangenheit auch schon getan. Wir haben das auch mit Iran gemacht, denken Sie an das Atomabkommen, oder denken Sie an Afghanistan. Obama hat mit Blick auf Syrien zusammen mit Putin seine rote Linie hinsichtlich der chemischen Waffen durchgesetzt. Wir müssen unsere Einheit innerhalb Europas und auch im transatlantischen Verbund stärken, gerade wegen der Sanktionen. Die kosten etwas, das ist



klar. Aber wir sollten darüber hinaus Interessen finden, auch mit Russland – in Handelsfragen und bei anderen Dingen. Aber wir dürfen nicht unsere Werte aufgeben.

Christoph Ulrich: Meine Damen und Herren, jetzt haben wir von beiden Seiten noch einen geschichtlichen Abriss bekommen, worum es bei TTIP wirklich geht, nämlich um Handel, der auch zum Wandel führt – nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern auch in den Nachbargesellschaften. Ich finde, das ist ein ganz guter Abschluss für diesen Abend, der uns etwas hoffnungsfroh sein lässt, dass TTIP vielleicht doch noch etwas wird. Ich darf wieder an Herrn Dr. Rößler übergeben für ein Schlusswort.

Dr. Matthias Rößler: Ich bedanke mich bei allen, die hier diskutiert haben – nicht nur bei den Herren im Podium, sondern natürlich auch bei Ihnen, die Sie frei und frisch das Wort und die Gelegenheit der Rede ergriffen haben. Ich bedanke mich

ganz ausdrücklich bei unserem Moderator Christoph Ulrich von der Freien Presse.

Wir haben heute Abend gelernt: Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels haben viel mit Sicherheitspolitik zu tun, und das könnte, lieber James Binde-nagel, unser nächstes Thema hier sein. Früher hatte man es in dieser Hinsicht einfach und die Autokraten dieser Welt haben es immer noch einfach; sie halten sich schlicht an den folgenden Satz Otto von Bismarcks: »Staaten haben keine Freunde, Staaten haben nur Interessen«. Wenn es nur um Interessenpolitik ginge, dann wäre TTIP leicht zu schaffen.

Freihandel ist gut für Deutschland, aber er ist nicht gut für alle in Deutschland. Es gibt immer Gewinner und Verlierer; das haben wir heute Abend gelernt. Freihandel ist auch gut für die Vereinigten Staaten – eine große Exportnation. Wir sind eine Wertegemeinschaft – das kommt noch dazu. Wir haben natürlich geostrategische Wettbewerber, die es

mitunter viel einfacher haben als wir, etwa wenn es um die Schaffung von Freihandelszonen oder anderes mehr geht. Daher müssen wir vor allen Dingen um Vertrauen ringen. Transatlantische Interessengemeinschaft, transatlantische Wertegemeinschaft – aber gelingt uns auch die so wichtige transatlantische Vertrauensgemeinschaft?

Geschichte ist eine grausame Angelegenheit. Sie geht immer, immer weiter. Wir haben ja schon einmal gedacht – mit Francis Fukuyama –, wir wären mit unserer freiheitlichen Demokratie am Ende der Geschichte angekommen. Aber wir haben es nicht erreicht. Die Geschichte ist offen. Werden wir, wird unsere offene Gesellschaft überlegen sein oder werden unsere geostrategischen Wettbewerber es sein? Das ist ein großes Thema – vielleicht von weiteren Dresdner Gesprächen hier in diesem wunderbaren Ständehaus.

Vielen Dank an Sie alle!

Die Schriftenreihe »DIALOG« dokumentiert die »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus.«

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:

- Heft 1: »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« am 18. Januar 2011
- Heft 2: »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« am 19. Juni 2012
- Heft 3: »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise« am 5. Juni 2012 im Plenarsaal
- Heft 4: Fachtagung »Sächsische Landtagsgeschichte im Vergleich« am 28. März 2012
- Heft 5: »Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland nach der Wiedervereinigung« am 6. März 2013
- Heft 6: Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus »Staatsverschuldung im Kontext der europäischen Währungsunion – Neuverschuldungsverbot im Freistaat Sachsen« am 25. September 2013
- Heft 7: Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus »Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!« am 26. Mai 2015
- Heft 8: Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus Graduiertenkolleg »Geschichte sächsischer Landtage« vom 28. bis 30. Oktober 2015

Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter www.landtag.sachsen.de, per E-Mail unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.

Downloadversion unter
[www.landtag.sachsen.de/de/
service/publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen)



